

**„Er machte dann Mitteilung über die erfolgte
Hausdurchsuchung des Gewerkschaftshauses durch die
Organe der NSDAP“**

Protokolle der Versammlungen des Bezirks 1 (NW)
des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
vom 7. Juni 1932 bis 14. März 1933

Eine Quellenedition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
und des Karl-Richter-Vereins e.V.

**„Er machte dann Mitteilung über die erfolgte
Hausdurchsuchung des Gewerkschaftshauses durch die
Organe der NSDAP“**

Protokolle der Versammlungen des Bezirks 1 (NW)
des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
vom 7. Juni 1932 bis 14. März 1933

Eine Quellenedition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
und des Karl-Richter-Vereins e.V.

Bearbeitet von Rüdiger Zimmermann

Veröffentlichungen der
Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Bd. 22

Bonn 2011

Impressum

Herausgegeben von der
Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Transliteration des Originals: Wolfgang Stärcke

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Printed in Germany 2011

ISSN 1432-7449

ISBN 978-3-86872-747-0

Inhaltsverzeichnis

Editorische Vorbemerkung <i>Rüdiger Zimmermann</i>	7
Protokolle der Versammlungen des Bezirks 1 (NW) der Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer vom 07. Juni 1932 bis 14. März 1933	11
Herausgeberhinweise	46
Der Bearbeiter	47

Tagesordnung

der gemeinschaftlichen
Bezirksversammlungen
in der Woche vom
4. bis 10. Dezember 1932

1. Bericht
2. Wahl des Bezirksleiters und
des Bezirksvorsitzenden
3. Wahl der Delegierten zu den
Generalsammlungen des
Verliner Bezirks für das Jahr 1933
4. Beratung der Anträge auf
Änderung der Satzungen

Editorische Vorbemerkung

Die vorliegende Edition dokumentiert die Versammlungen des Bezirks 1 des Gauvereins Berlin des Verbandes der Deutschen Buchdrucker vom 7. Juni 1932 bis zum 14. März 1933.

Es handelt sich im Original um handschriftliche Verlaufsprotokolle, die Diskussionen, politische Einschätzungen und Beschlüsse einer lokalen Berliner Gewerkschaftsorganisation abbilden und die Stimmung kurz vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung spiegeln.

Um welche Organisation handelte es sich beim Bezirk 1? Wo lagen die Schwerpunkte der Organisation? Wie ist der Quellenwert der Dokumente einzuschätzen?

Berlin gehörte neben Hamburg und Leipzig zu den drei Stadtgaue des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer war bereits 1862 gegründet worden. Als späterer Gauverein des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (gegründet 1866) behielt er stets seinen alten Traditionsnamen bei.

Die Verdreifachung des Berliner Mitgliederbestandes von ca. 4.000 Mitglieder (1896) auf ca. 12.000 Mitglieder (1911) führte dazu, dass über neue Formen innergewerkschaftlicher Willensbildung nachgedacht wurde, da in Versammlungen mit mehreren tausend Mitgliedern nicht mehr ordentlich diskutiert und abgestimmt werden konnte.¹

Der Beschluss der Reorganisation fiel am 24. April 1912 auf der außerordentlichen Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Künftig wurde der Gau in zehn geographische Bezirke eingeteilt sowie in einen elften Bezirk für Nachtarbeiter. Der Jahresbericht 1912 „mit einem Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr“ beschreibt Funktion und Struktur der neuen Berliner Organisationswirklichkeit:

„Das markanteste, was der Verein im Verlauf des Jahres im Interesse der Entwicklung und Förderung seiner Aufgaben und Durchführung brachte, war eine vollständige Reorganisation unseres Versammlungswesens durch die Einrichtung von Bezirksversammlungen mit streng statutarischen Maßnahmen und Befugnissen für die Gehilfenschaft. Die Einrichtung war einmal notwendig durch die gewaltige Mitgliederzahl des Vereins, die jetzt 12.000 schon überschritten hat, andererseits durch die Wohnungsverhältnisse, die die Mitglieder infolge der Ausdehnung Groß-Berlins und der Vororte so außerordentlich voneinander trennt, sowie durch die Nachtarbeit, die Hunderte von Mitgliedern von den Versammlungen ausschließt. Wollte der Verein sich daher auf der Höhe einer fortgeschrittenen Gewerkschaft erhalten, so mussten diese Wege beschritten werden, um jedem einzelnen Mitgliede Gelegenheit zum Versammlungsbesuch zu geben.“²

Die geographische Einteilung orientierte sich an der Einteilung der Berliner Postbezirke. Im Bezirk 1 (Nordwest) wohnten die meisten Mitglieder in Moabit und im Hansaviertel. Die Organisationsstruktur nach Wohnorten entsprach den Strukturen der alten klassischen Arbeiterbewegung. Erst die Kommunistische Partei Deutschlands und die Revolutionäre Gewerkschaftsop-

1 Zum gesamten Komplex s. Scheriau, Karl Michael: Kunstgenossen und Kollegen. Entstehung, Aufbau, Wirkungsweise und Zielsetzung der Gewerkschaftsorganisation der deutschen Buchdrucker von 1848 bis 1933. Berlin, 2000, S. 57 f.

2 Jahresbericht für das Jahr 1912. Mit einem Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr. Hrsg.: Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Berlin, 1913, S.10.

position (RGO) suchten in der Weimarer Republik – mehr oder weniger vergeblich – durch Betriebszellen das alte „Wohnortmodell“ abzulösen.

Der Bezirk 1 zählte zum Ende der Weimarer Republik etwa 400 Mitglieder. Wie alle anderen Bezirke der Druckergewerkschaft entsandte er Delegierte zu den quartalsweise einberufenen Mitgliederversammlungen, die die Vereinsgeschäfte regelten. Mit den neuen Berliner Bezirksstrukturen hatte der Verband in der Hauptstadt ein Instrument gefunden, das eine breite lokale Diskussionskultur förderte. Jährliche Wahlen garantierten eine Delegation der Interessen „von unten nach oben“ mit hoher Transparenz.

Die spezielle Berliner Organisationsstruktur entsprach dem gesamten innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozess des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Die Gewerkschaft war föderalistisch strukturiert und garantierte damit den Zusammenhalt von Kollegen unterschiedlicher „Interessenlagen“, wie sie sich beispielsweise im Gegensatz zwischen den Druckermetropolen und dem „flachen Land“ manifestierten.

Neben der föderalistischen Struktur waren es die ausdifferenzierten Berufsgruppen, Sparten und Spezialvereine, die organisatorisch ein starkes Eigenleben führten. Auch wenn die ausdifferenzierte Spartenbildung innergewerkschaftlich oft umstritten war, so garantierte das Spartenwesen letztlich den Zusammenhalt einer immer stärker auseinanderstrebenden Berufsgemeinschaft. Neben den elf Bezirken existierten in Berlin zum Ende der Weimarer Republik folgende Fach- und Spezialvereine:

- Vereinigung der Berliner Handsetzer,
- Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein (VdDB),
- Verein Berliner Drucker,
- Vereinigung Berliner Rotations- und Tiefdrucker,
- Berliner Korrektorenverein,
- Verein der Berliner Stereotypeure und Galvanoplastiker,
- Verein der Berliner Schriftgießer,
- Vereinigung gehörloser Buchdrucker,
- Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Ortsgruppe Berlin.³

Was vermitteln nun die dokumentierten Verlaufsprotokolle der Diskussionen im Bezirk 1 für die Zeitspanne eines Dreivierteljahres im Übergang zweier autoritärer Präsidialregime hin zur nationalsozialistischen Herrschaft, die sich zunächst als rechtskonservative/nationalsozialistische Koalitionsregierung etablierte?

Trotz aller politischer Verwerfungen: Hauptmomente der Diskussionen im Bezirk 1 der Berliner Druckergewerkschaft blieben tarifpolitische Fragen. Lohnabbau durch Notverordnungen, das Unterlaufen tarifpolitischer Regelungen in den Betrieben und siegreiche und verlustreiche Arbeitskämpfe im Gewerbe bestimmten die Diskussionen. Solidarisches Ringen um angemessene Unterstützungen für Arbeitslose und Ausgesteuerte bildete ein weiteres wichtiges Element bei den regelmäßigen Zusammenkünften.

3 Jahresbericht 1932. Hrsg.: Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Verband der Deutschen Buchdrucker. Berlin, 1933, S. 30 ff.

Eines springt sofort ins Auge: Von einer Lähmung des gewerkschaftlichen Wesens und Wirkens, wie sie in anderen Branchen in der Endphase der Weimarer Republik zu verzeichnen war, kann bei den freigewerkschaftlich organisierten Druckern in Berlin nicht die Rede sein. Die Berliner Organisation „ergab“ sich nicht in ihr Schicksal. Trotz zahlreicher depressiver Töne: Aus vielen Beiträgen spricht Selbstvertrauen, das in siebzig Jahren Erreichte sich nicht nehmen zu lassen.

Dieses starke Selbstbewusstsein hatte etwas mit der spezifischen Situation im Gewerbe zu tun. Obgleich 38 Prozent der gut 15.000 Berliner Drucker arbeitslos waren - und diese Tatsache in den Diskussionen stets herausgestrichen wurde -, so darf nicht übersehen werden, dass diese Zahl in der katastrophalen Wirtschaftssituation der frühen dreißiger Jahre noch ausgesprochen „günstig“ war.

Oder anders ausgedrückt: Mehr als 60 Prozent der Mitglieder hatten noch Arbeit und waren nicht gewillt, ihre ökonomische Situation ohne Widerstand verschlechtern zu lassen. Die freigewerkschaftlichen Buchdrucker waren die einzige Gewerkschaft, die der Krise trotzte und von 1930 (90.389 Mitglieder) auf 1932 (88.436 Mitglieder) nur etwa zwei Prozent der Mitglieder verlor.

Der Gewerkschaftshistoriker Klaus Schönhoven hat diesen Tatbestand plastisch beschrieben: „Insgesamt verloren die Verbände des ADGB von 1929 bis 1932 mehr als ein Viertel ihrer Mitglieder. Einzelne Organisationen (Bekleidungsarbeiter, Maschinisten, Musiker, Steinarbeiter) schrumpften um über 40 Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt lagen die Rückgänge auch im Baugewerksbund, bei den Fabrikarbeitern, Sattlern, Tabakarbeitern und Textilarbeitern, also in Verbänden, in denen sich – wie bei den zuerst genannten Organisationen – konjunkturelle und strukturelle Faktoren gegenseitig negativ verstärkten. [...] Stabil blieben neben dem Berufsverband der Schornsteinfeger, der mit rund 3.000 Mitgliedern die bei weitem kleinste Organisation im ADGB war, allein der Buchdruckerverband, der schon immer als Zusammenschluß hochqualifizierter Facharbeiter eine Sonderstellung in der Freien Gewerkschaftsbewegung eingenommen hatte. Die berufliche Solidarität der Mitglieder und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes trugen entscheidend dazu bei, dass die Buchdruckergewerkschaft auch die Jahre 1931 und 1932 ohne größere Verluste überstand.“⁴

Deutlich wird in den letzten Verlaufsprotokollen allerdings die Zerrissenheit der politischen Arbeiterbewegung. Der Konflikt zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit der Drucker und der kommunistischen Minderheit zieht sich durch alle Diskussionen, obgleich der Bezirk fest in sozialdemokratischer Hand war, wie die Delegiertenwahlen deutlich machen. Konflikte, die der Berliner Verein mit den in der Hauptstadt ansässigen kommunistischen Druckereien über die Erfüllung tarifvertragsrechtlicher Regelungen hatte, verschärften das Konfliktpotential zusätzlich.

Noch ein weiteres Moment springt sofort ins Auge: Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler nehmen Funktionäre und Mitglieder zu diesem gravierenden politischen Ereignis keine Stellung. Es scheint, dass die „Machtergreifung“ in der Abfolge zweier sozialreaktio-

4 S. Schönhoven, Klaus: Innerorganisatorische Probleme der Gewerkschaften in der Epoche der Weimarer Republik. In: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Jahrgänge 1929-1933. [Bd 5]: 43. Jahrgang, Berlin 1933. Mit einem Anhang: Gewerkschaften in der Krise von Helga Grebing, Michael Schneider, Klaus Schönhoven. Berlin, Bonn: Dietz 1983, Anh. S. 79

närer Regime (Franz von Papen und Kurt von Schleicher) zunächst nicht als lebensbedrohliche Katastrophe empfunden wurde.

Erst mit der Sitzung am 14. März 1933 (nach der letzten freien Reichstagswahl), auf der erstmalig der 2. Vorsitzende Richard Barth im Bezirk referierte, wird das Ausmaß politischer Repression deutlich. Politische Abwehrperspektiven werden von den Mitgliedern allerdings nicht mehr entwickelt. Widerständigkeit manifestiert sich nur in tarifpolitischen Fragen.

Das handschriftliche Protokollbuch befand sich jahrelang im Besitz von Karl Richter,⁵ dem langjährigen Berliner Vorsitzenden der IG Druck und Papier. Es wird heute vom Karl-Richter-Verein⁶ verwahrt, der auch seinen Nachlass betreut. Die Transliteration des handschriftlichen Textes übernahm Wolfgang Stärcke, Handschriftenexperte und langjähriger Mitarbeiter des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Text wurde unaufdringlich editiert. Prominente Namen und Sachverhalte wurden in Fußnoten erläutert, um den Gesamtzusammenhang deutlicher zu machen. Einige Namen und Ereignisse blieben unkommentiert, weil mit angemessenem Aufwand keine Rechercheergebnisse erzielt werden konnten. Dies gilt insbesondere für Namen von Kollegen, die heute völlig unbekannt sind. Zusätzliche Informationen – wie ermittelte Vornamen – wurden in eckige Klammern gesetzt. Um der Lesbarkeit willen wurden in der gedruckten Edition Absätze eingezogen, die im handschriftlichen Original nicht existierten. Ganz offensichtliche Schreibfehler – vor allem bei Eigennamen – sind stillschweigend korrigiert.

In dem Protokollbuch genannte Sachverhalte sind primär auf der Basis des letzten veröffentlichten Jahresberichts des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Verband der Deutschen Buchdrucker und des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ quellentreu kommentiert. Dennoch konnten nicht alle in den Diskussionen erwähnten gewerkschaftspolitischen Details geklärt werden.

Gleichwohl stellt das Protokoll eine herausragende Quelle dar, die Befindlichkeiten, Einschätzungen und Fehleinschätzungen gewerkschaftlich organisierter Kollegen spiegelt. Aus der Hilflosigkeit der Diskussionen der Monate Februar und März 1933 wird vor allem eins deutlich: Gewerkschaftliche Organisationen brauchen legale Rahmenbedingungen, um sich zu entfalten. Gegen terroristische Unterdrückungsmaßnahmen sind Gewerkschaften mit ihren Kassen und Selbsthilfeeinrichtungen weitgehend hilflos.

„Lehren aus der Geschichte“ zu ziehen, war das zentrale Grundmuster aller Verbandsgeschichtsschreibungen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Keine andere Gewerkschaft hat weltweit so viel für die Eigendarstellung ihrer Geschichte getan wie die organisierten Setzer und Drucker. Vielleicht lautet die wichtigste „Lehre“ der vorliegenden kleinen Protokolledition: Das historische Bewusstsein von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen zu stärken, um gemeinsam antidemokratische und antigewerkschaftliche Tendenzen zu erkennen und rechtzeitig zu stoppen.

5 S. Stecher, Gerta: Karl Richter. Ein langes Leben für die „Schwarze Kunst“ und ihre Gewerkschaften. Berlin, 2008 (Karl-Richter-Edition ; Bd. 1)

6 Karl-Richter-Verein e.V. (Dudenstr. 10, 10965 Berlin, www.karl-richter-verein.de)

**Protokolle der Versammlungen des Bezirks 1 (NW)
des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
vom 7. Juni 1932 bis 14. März 1933**

*Verband der Deutschen Buchdrucker
Gauverein Berlin*

*Protokolle der
Versammlungen
des Bezirks 1 (NW)*

*Eigentum des Vereins
Berliner Buchdrucker
und Schriftgießer*

Handschriftliches Protokollbuch des Bezirks 1 des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer vom 07. Juni 1932 bis zum 14. März 1933. Der 1862 gegründete Berliner Verein war 4 Jahre älter als der Dachverband „Verband der Deutschen Buchdrucker“. Als Berliner Gauverein behielt er stolz seinen alten Gründernamen bei.

Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Johannisfeier

am Sonnabend, dem 26. Juni 1926 / in den Gesamträumen der
»Neuen Welt«, Hasenheide 108/114



S e t z g e d a n k e n !

Streiche die Falten dir von der Stirn, Jünger Gutenbergs. Wiege in Feier-
klang dein müdes Gien, ehre des großen Meisters Werk! Sonne, verbräme
auf gold'nem Grunde Alltags Fron zur Festesstunde! / Sonnenwende!
In Glanz und Pracht bist du, Natur, erblüht. Erfreut euch, Menschen, solcher
Serrlichkeit. Ein Freudenfeuer her vom Berge glüht. Last Hader ruh'n,
den Zwist und Streit. Wir feiern dich, Altmeister! Preis der Tat, die du im
Feuergeist errungen und erstrebt. Sie ist für alle Zeit die beste Saat, die
über Sturm und Kimmernis erhebt. / Seit sechzig Jahren steht auf mark'gem
Grunde der Verband — wir schufen ihn dem Recht und halten Treue
ihm in jeder Stunde für uns und einem kommenden Geschlecht. / Will-
kommen seid, Ihr Männer aus den Gauen. Auch euch besielt das höchste Beste
Ziel, getragen von den Massen, die vertrauen dem stolzen Bau, der immer
uns Asyl. / Auch dein Werk, Meister, ward gehöhnt, geschmäht, in Haß und
Niedertracht begeistert und geschunden. Ein Heer von Streitern uns zur
Seite steht, in Solidarität verbunden. Mit allen Fasern unsres ganzen
Seins stehn wir zu dir, Verband, in allen Stunden so unerschütterlich wie
Gutenberg zu Mainz, das laßt uns heute neu bekunden. / Fest wie
der Fels, umtost vom wilden Meer, stehst Volk der Arbeit du, gewalt'ges
Heer. So unerschütterlich, wie Gutenberg einst stand, stehn Tausende für
dich. Heil dir, Verband!

A. Freitag

C 98 - 01708

Preis 15 Pfennig

Zum Verbandsleben des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer gehörte eine traditionsreiche Festkultur. Stiftungs- und Johannisfeste, meist unterstützt von der „Typographia“ (Gesangsverein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer), fanden bis 1932 statt.

Tagesordnung der gemeinschaftlichen Bezirksversammlungen in der Woche vom 7. bis 12. Juni 1932

1. Bericht
2. Verschiedenes

Protokoll der sechsten ordentlichen Bezirksversammlung am Montag, den 7. Juni 1932, abends 7 Uhr, in den Arminius-Festsälen, Bremer Straße 72/73.

In Abwesenheit des schwer erkrankten Bezirksleiters Kollegen Bechler eröffnet der Vertreter Kollege [Richard] Wunderlich die Versammlung um $\frac{3}{4}$ 8 Uhr. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir unseren Kollegen Bechler wieder genesen in unserer Mitte wünschen. Darauf erteilte er dem Kollegen [Georg] Kruse¹ vom Gauvorstand das Wort zu dem Bericht. Wieder ist es eine Elendsstatistik, die er von dem Arbeitslosenheer geben muß, zurzeit sind 5822 Kollegen arbeitslos. Viele sind schon vollständig ausgesteuert. Trotzdem werden immer noch Überstunden geleistet.

Betreffs des Ausstandes der Hilfsarbeiter sind diese zum Schlichter geladen, widrigenfalls Strafe angedroht wird. Bei der Firma Ullstein trat der Arbeiterrat zurück. Viel beschäftigt ist die Organisation mit den Klagesachen, welche ständig einlaufen. Anstelle des erkrankten Sekretärs Bechler ist Kollege [Georg] Kruse als Aushilfssekretär eingestellt. Die 75 % Ferienbezahlung ist auch bei den Gauangestellten eingeführt.² In allen Firmen findet ein Abbau des Schichtlohnes statt, deshalb haben die Betriebsvertretungen vollauf zu tun, um die noch in Arbeit stehenden Kollegen vor größeren Abzügen nach Möglichkeit zu bewahren.

Die Firma Mittler u. Sohn fordert den nach dem 1. Mai bezahlten Schichtlohn zurück. Darum ist es sehr nötig, daß die Kollegenschaft in diesen schweren Zeiten fest zu ihrer Organisation steht, um noch weitere Verschlechterungen abzuwehren. In der Diskussion sprach Kollege Nowakowski³ über die Stimmung der Kollegen im Reich, kritisierte den Arbeitsnachweis⁴ betr. na-

1 Georg Kruse gehörte als Vertreter des 1. Bezirkes dem Gauvorstand an; die Vertretung des 1. Bezirkes wurde von ihm bis Ende des Jahres 1932 im Gauvorstand provisorisch übernommen, ehe Richard Wunderlich als Bezirksleiter gewählt wurde. Jahresbericht 1932. Hrsg.: Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Verband der Deutschen Buchdrucker., S. 26 f. Kruse hatte bis Ende 1923 der kommunistischen Oppositionsfraktion angehört, distanzierte sich ab 1924 im "Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer" mehrfach von seinen alten Gesinnungsgenossen. Kruse war gleichzeitig 2. Vorsitzender der Sparte "Berliner Korrektorenverein".

2 Die Tarifverhandlungen des Jahres 1932, die am 15. März 1932 begannen, führten nach mehreren zwischenzeitlichen Unterbrechungen am 14. Mai 1932 zu einer Vereinbarung über den Mantel- und Lohntarif. Das Ergebnis bestand in der Hauptsache in einer einjährigen Verlängerung des bisherigen Manteltarifs (bis zum 30. April 1933) unter teilweiser Abänderung einiger Bestimmungen über die Grenzen der aufschlagbaren Arbeitszeit, Überstunden bei Kurzarbeit, regelmäßiger Sonntagsarbeit und einer ausnahmsweise Festsetzung des Lohnes für die Urlaubsperiode 1933 auf 75% des Voll-Lohnes. Die hauptamtlichen Angestellten passten den eigenen Lohn an diese Kürzung an. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 70 (19. Mai 1932), Nr. 40.

3 Es handelt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um den Maschinensetzer Georg Nowakowski, der in der Mainzer Straße wohnte.

4 Als Arbeitsnachweis bezeichnete man im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gewerbsmäßige und nichtgewerbsmäßige Arbeitsvermittlungsstellen.

mentlicher Anforderung, besprach das Krümpersystem⁵ und führte die große Zahl der verkürzt arbeitenden Kollegen auf. Ein Sondertarif der Unternehmer ist nicht von der Hand zu weisen. Die Vorschläge der Arbeitslosen werden meistens nicht beachtet.

In der Erwiderung sprach der Kollege [Richard] Wunderlich, daß das Krümpersystem schon öfter zur Debatte kam, aber abgelehnt werden muß, weil es undurchführbar sei. Auch der Sondertarif sei abzulehnen, da wir einen Reichstarif haben.⁶ In dem Schlußwort des Kollegen Kruse sei wichtig noch zu bemerken, daß er sehr sachlich das für und wider des Krümpersystems, wie es schon bei Ullstein zur Besprechung kam, behandelte. Auch über die namentlichen Anforderungen gab er nähere Aufschlüsse. Nur ein festes, entschlossenes Zusammenhalten aller Kollegen wird uns wieder aufwärts und vorwärts bringen aus diesen schweren Zeiten der Not. Weitere Wortmeldungen lagen nicht mehr vor und so gab Kollege [Richard] Wunderlich bekannt, daß die Versammlungen im Juli und August ausfallen, die nächste Bezirksversammlung also am Montag, 5. September stattfindet. 21. Juli Generalversammlung. Schluß 10 Uhr.

[Karl] Stauder

5 Das Krümpersystem wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt, um die militärische Begrenzung des preußischen Heeres zu umgehen. Danach wurden seit 1808 mehr Soldaten beurlaubt und dafür ebenso viel Rekruten eingezogen. In der Gewerkschaftsbewegung stand „Krümpersystem“ für Pläne, in einem Rotationsverfahren auch Arbeitslose wieder in den Produktionsprozess zu bringen, und „Stelleninhaber“ zeitweise zu beurlauben.

6 Am 18. Mai 1932 auf einer außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Funktionäre wurde mitgeteilt, dass der Berliner Gauvorstand die Ergebnisse der Tarifverhandlungen des Jahres 1932 einstimmig abgelehnt habe. Georg Kruse verwahrte sich u.a. dagegen, dass die Verhandlungsergebnisse nicht den Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt worden seien. Der Berliner Gauvorstand hatte aus solidarischen Gründen abgelehnt, einen Sondertarif für Berlin zu akzeptieren, der den Berliner Kollegen einen besseren Lohn garantiert hätte.

Tagesordnung der gemeinschaftlichen Bezirksversammlungen
in der Woche vom 5. bis 12. Sep[tembe]r. 1932

1. Vortrag: „Nach den Wahlen“
2. Bericht

Protokoll der siebenten ordentlichen Bezirksversammlung am 5. September 1932, abends 7 ½ Uhr, in den Arminius-Festsälen, Bremer Straße 72/73.

Der stellvertretende Vorsitzende Kollege [Richard] Wunderlich eröffnet 7 ½ Uhr die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt er in warmen Worten des Nachrufs unseres langjährigen Vorsitzenden des 1. Bezirks Kollegen Hermann Buhles⁷, welcher nach langem schweren Leiden durch den Tod aus unserer Mitte geschieden ist. Koll. W[underlich] betont nochmals die Verdienste Herm[ann] Buhles um die Organisation als Sekretär des Gaubüros, mit ihm ging ein Mensch dahin, der von ehrlicher Überzeugung und Wahrhaftigkeit sowie steter Hilfsbereitschaft durchdrungen war und bis zu seinem letzten Atemzuge sich um das Wohl der Organisation sorgte. Koll. W[underlich] schloß seinen Nachruf mit dem Gelöbniß, daß der 1. Bezirk das Andenken seines verstorbenen 1. Vorsitzenden Koll. Herm[ann] Buhles stets in Ehren halten und in seinem Sinne weiterwirken werde. Die Versammlung hatte sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben.

Hierauf erteilt Koll. [Richard] Wunderlich dem Referenten Genossen Brünitzer das Wort zu seinem Vortrag „Nach den Wahlen“. Der Referent schildert in eingehender Weise die Zustände nach den Wahlen durch die Maßnahmen der Regierung Papen betr. Ankurbelung der Wirtschaft, welche sozusagen auf Kosten der noch in Arbeit stehenden Volksgenossen vollzogen werden soll.⁸ Redner betont, selbstverständlich sei die Beschaffung von Arbeit und damit die Beseitigung der Arbeitslosigkeit die zurzeit brennendste Frage. Abbau der Löhne bedeute aber Schrumpfung der Wirtschaft und dadurch Zunahme der Arbeitslosigkeit. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Appell an eine internationale Agitation für die republikanische Sache gegen die soziale Reaktion, gleichzeitig erhebt er die Forderung, für alle Fälle gerüstet zu sein und den Gegner mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen. (Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen) Koll. [Richard]Wunderlich dankte dem Referenten im Namen des 1. Bezirks.

Zu Punkt 2 Bericht erhält der Berichterstatter des Gauvorstandes Koll. [Georg] Kruse das Wort. Einleitend schildert er in kurzen Worten die Auswirkungen nach der Absetzung der Preußenregierung Braun-Severing, die er als eine äußerst bewegte Zeit, namentlich in bezug für die Gewerkschaften und deren Führer bezeichnete, in der man täglich die Gefahr der Auflösung erwarten konnte. Betreffs der Hilfsarbeiterbewegung erklärte Koll. [Georg] Kruse, daß die Kämpfe innerhalb der Betriebe heroischer waren als das phrasenhafte Benehmen der radikalen Draht-

7 Hermann Buhles wurde am 5. Oktober 1867 in Bernau geboren. Er war von Beruf Schriftsetzer. Als Leiter des 1. Bezirks gehörte er seit 1917 dem Berliner Gauvorstand an. Er starb am 24. Juli 1932 an Lungenkrebs. S. Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 4. Folge 1927, S.149. Jahresbericht 1932, a.a.O., S. 27.

8 Am 14. Juni 1932 erließ die nach dem Sturz Heinrich Brünings eingesetzte „Reichsregierung der Barone“ eine Notverordnung, die der Arbeiterschaft eine erneute Steuerbelastung brachte, die Arbeitslosenversicherung praktisch beseitigte und sich gegen soziale Einrichtungen wandte.

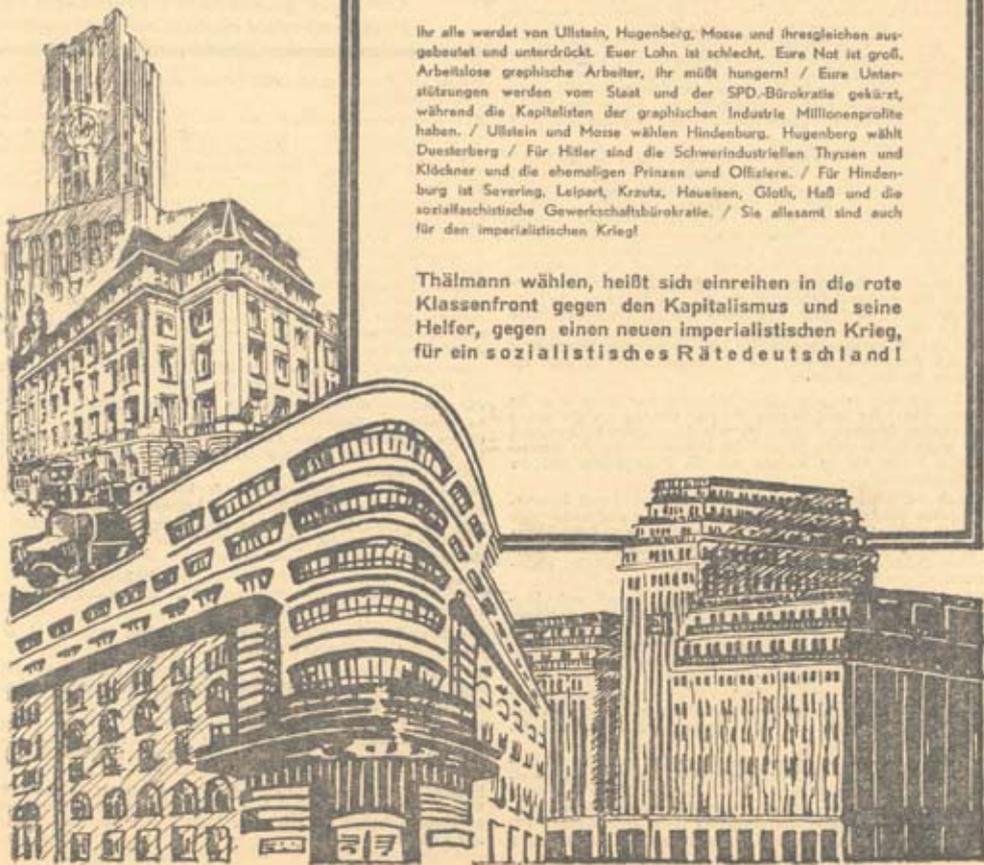
Z DAS ROTE **ZEITUNGS** **VIERTEL**

2. Jahrgang
März 1932

Buchdrucker, Buchbinder, Steindrucker, Hilfsarbeiter, Transportarbeiter und Angestellte der graphischen Industrie, Zeitungsfahrer und -händler!

Ihr alle werdet von Ullstein, Hugenberg, Mosse und ihresgleichen ausgebeutet und unterdrückt. Euer Lohn ist schlecht. Eure Not ist groß. Arbeitslose graphische Arbeiter, ihr müßt hungern! / Eure Unterstützungen werden vom Staat und der SPD-Bürokratie gekürzt, während die Kapitalisten der graphischen Industrie Millionenprofite haben. / Ullstein und Mosse wählen Hindenburg. Hugenberg wählt Duesterberg / Für Hitler sind die Schwerindustriellen Thyssen und Klöckner und die ehemaligen Prinzen und Offiziere. / Für Hindenburg ist Severing, Lelpert, Kreuzt, Hauelsen, Glöth, Haß und die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie. / Sie allesamt sind auch für den imperialistischen Krieg!

Thälmann wählen, heißt sich einreihen in die rote Klassenfront gegen den Kapitalismus und seine Helfer, gegen einen neuen imperialistischen Krieg, für ein sozialistisches Rätedeutschland!



Kommunistische „Bucharbeiter“ organisierten sich seit 1919 lose in eigenen Fraktionen. Als Kommunikationsorgan diente reichsweit die Zeitschrift „Graphischer Block“. Programmatisch forderte die kommunistische Opposition einen „Graphischen Zentralverband“ auf Grundlage des Betriebsrätesystems. Eine Organisation in Berufsverbänden lehnte sie ab. Organisatorisch firmierte die kommunistische Opposition ab 1929 als „RGO, Industriegruppe Graphische Industrie“. Als Organ in Berlin diente „Das Rote Zeitungsviertel“. Die in der Märznummer von 1932 benannte „sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie“ „[Otto] Krautz, [Eugen] Hauelsen, [Otto] Glöth, [Johann] Haß“ waren die Vorsitzenden folgender Verbände: Verband der Deutschen Buchdrucker, Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands, Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Quelle: Nachlass Karl Richter, Karl-Richter-Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker e.V.

zieher.⁹ Verschiedene Unternehmer (etwa 25 Kleinbetriebe), die mit ihrer Organisation nicht zufrieden waren, haben unter Mitwirkung von Gehilfen eine Buchdruckerinnung gegründet.¹⁰

Mit der Druckerei „Peuvag“ sind seitens des Gauvorstandes Verhandlungen über eine teilweise Aufhebung der Sperre im Gange¹¹. In diesem Jahr feiert der Gau Berlin sein 70jähriges Bestehen, über eine offizielle Feier ist noch nichts geplant. Nach der Arbeitsnachweis-Statistik betrug die Zahl der arbeitslosen Kollegen 5944, vermittelt wurden in der lfd. Woche 82 Kollegen. Hierzu bemerkt Koll. [Georg] Kruse, daß viele arbeitslose Kollegen es für zwecklos halten, überhaupt noch stempeln zu gehen. Koll. [Georg] Kruse berichtet sodann über die Lohnabbaukonflikte bei den Firmen Hermann, Reizenstein und einigen mittleren und kleineren Betrieben.¹²

In der „Paragon“-Druckerei konnte ein Lohnabbauversuch erfolgreich abgewehrt werden. Ferner weist Koll. K[ruse] besonders daraufhin, daß bei Zeitungsverboten die betr. Firmen fristlose Entlassungen nicht vornehmen können. Koll. [Richard] Wunderlich macht betr. der Wahl des 1. Vorsitzenden des 1. Bezirks den Vorschlag, diese bis zur allgemeinen Neuwahl des Vorstandes im Dezember vorzunehmen. Ein Widerspruch hiergegen erhebt sich nicht. Die nächste Bezirksversammlung findet am 7. Oktober 1932 statt. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

[Wilhelm] Keilmann

-
- 9 Die graphischen Hilfsarbeiter waren vor 1933 in einer eigenen Gewerkschaft organisiert, dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschland. Die Arbeitgeberseite wollte die zentralen Lohnbestimmungen aus dem Reichstarif für das Hilfspersonal vollständig entfernen und an deren Stelle örtliche oder bezirkliche Lohnvereinbarungen auf niedrigem Niveau festlegen. Dies wurde von den Leitungsgremien der Hilfsarbeiterorganisation abgelehnt. Seit dem 30. April 1932 bestand deshalb kein Tarif für das Hilfspersonal, das am 17. Juni 1932 durch Einreichung umfangreicher Kündigungen die Wiederherstellung des Reichstarifs forderte. Die Berliner Funktionärskonferenz des Verbandes der deutschen Buchdrucker am 22. Juni 1932 erklärte sich mit den Streikenden weitgehend solidarisch und verlangte u.a., dass keine Streikarbeit verrichtet werde, und kein Streikbrecher angelernt werde. Am 23. Juni 1932 wurde der Konflikt des Hilfspersonals durch Schiedsspruch in Frankfurt am Main beendet. In Folge des schlechten Schiedsspruches kam es zu einer Reihe spontaner Arbeitskämpfe, über die in den Verlaufsprotokollen des 1. Bezirks mehrfach berichtet wird.
 - 10 Mit dem ausgesprochenen Ziel, gegen die Prüfungseinrichtungen des modern ausgerichteten paritätisch besetzten Fachausschusses zu opponieren, bildete sich in Berlin eine „Berliner freie Buchdrucker-Innung“, die durch Verfügung des Polizeipräsidenten am 11. April 1932 behördlich genehmigt wurde. S. Jahresbericht 1932, a.a.O., S. 18.
 - 11 Die PEUVAG war die Papiererzeugungs- und Verwertungsgesellschaft, die als AG die KPD-eigenen Zeitungs- und Buchverlage zentral bediente. Ab 1926 wurde die PEUVAG zentralisiert und einer Geschäftsabteilung des Zentralkomitees der KPD unterstellt. Der Gauverein Berlin des Verbandes der deutschen Buchdrucker lag während der Wirtschaftskrise in „Dauerfehde“ mit KPD-Unternehmen, denen die Gewerkschaft vorwarf, die Tarifverträge zu umgehen.
 - 12 Anfang September 1932 kam es bei der Firma H. S. Hermann wegen Abbaus der übertariflichen Löhne zum wiederholten Male zum Arbeitskonflikt. Die Firma hatte bereits zweimal eine Kürzung der Übertariflöhne durchgesetzt, und als sie zum drittenmal das Verlangen stellte, lehnte die Betriebsvertretung im Auftrag der Belegschaft ab. Daraufhin wurde am 9. September in verschiedenen Abteilungen insgesamt zwölf Kollegen gekündigt, unter gleichzeitigem Angebot eines neuen Arbeitsverhältnisses zu einem um 50% gekürzten Übertariflohn. Durch solidarisches Verhalten konnte dieses Ansinnen abgewehrt werden. S. Jahresbericht 1932, a.a.O., S.7.

Tagesordnung der gemeinschaftlichen Bezirksversammlungen in der Woche vom 3. bis 9. Oktober 1932

1. Vortrag
2. Bericht

Protokoll der 8. ordentlichen Bezirksversammlung am Montag, den 3. Oktober 1932, 19 1/2 Uhr, in den Arminius-Festsälen, Bremer Straße 72/73.

Kollege [Richard] Wunderlich eröffnet 19 1/2 Uhr die Versammlung und teilt mit, daß der für den Vortrag vorgesehene Referent Kollege v. Riet-Hildenbrand verhindert ist zu erscheinen und dafür der Vortrag ausfallen muß. Im Anschluß hieran erteilt er sodann dem vom Gauvorstand erschienenen Berichterstatte Koll. [Georg] Kruse das Wort zu dem Bericht. Koll. [Georg] Kruse führt zu der Notverordnung Papens aus, daß diese eine Gefährdung des Tarifgedankens und der Lohnexistenz des Arbeiters darstelle.¹³

Betreffs der 70Jahrfeier des Gaus, soll von einer solchen, wegen der allgemeinen großen Notlage abgesehen werden.¹⁴

Die Nachweisziffer der arbeitslosen Kollegen betrug 6206, wovon in der letzten Woche etwa 164 Kollegen vermittelt wurden. Hierzu bemerkte Koll. [Georg] Kruse, daß von einer Wirtschaftsbelebung in unserem Gewerbe noch nichts zu bemerken sei. Die Reichsanstalt plant aus gewissen Sparmaßnahmen heraus eine Verlegung des Arb[beits]-Nachweises nach der Seidelstraße 10-11. Eine Statistik über das Alter der Arbeitslosen in unserem Gewerbe ergab, daß bei 3154 Mitgliedern unter 25 Jahren 2059 arbeitslos waren.

Die Fa. Ullstein hat auch in diesem Jahr wieder einen Kursus für junge arbeitslose Kollegen eingerichtet, welcher in Lehrvorträgen, Sportbetätigung besteht, ebenfalls wird ein Mittagessen gratis gereicht.¹⁵ Über den Abschluß des neuen Hilfsarbeitertarifs teilt Koll. K[ruse] mit,

13 Die "Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5. September 1932 erlaubte eine abgestaffelte Unterschreitung des Tariflohnes je nach Mehreinstellung von Arbeitern. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer bemerkte hierzu: "Die Verordnungsmaßnahme hat als gesetzgeberischer staatspolitischer Akt nur diktatorischen aber keinen verfassungsmäßigen Charakter, und zwar mit allen wirtschafts- und sozialpolitischen Gefahren, die weder dem heutigen und durch die Verordnung geschützten Wirtschaftssystem, noch einer vernünftigen Sicherung der tarifvertraglichen Friedenspflicht dienen können." S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 70 (28. September 1932), Nr. 78.

14 Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer gedachte des Jubiläums mit einem ganzseitigen "Aufmacher". In: Siebzig Jahre Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. In: Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 70 (3. Dezember 1932), Nr. 97, der stark die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen herausstrich: "An arbeitslosen Mitgliedern wurden Mitte November 1932 rund 5900 gezählt, von denen der größte Teil in der regulären Unterstützung ausgesteuert war und nur noch eine kleine Notstandsunterstützung durch Verband und Gau erhält – dank der Opferwilligkeit der noch in Stellung befindlichen Mitglieder, die wirklich Hervorragendes an Solidarität und Kollegialität geleistet haben und weiter unter großen Opfern leisten." Des Jubiläums wurde auf der Generalversammlung am 15. Dezember 1932 würdig gedacht.

15 Die Weiterbildungsmaßnahmen bei Ullstein waren vor allem der innergewerkschaftlichen Opposition ein Dorn im Auge. So attackierte der Vorsitzende des linkskommunistischen Leninbundes Hugo Urbahns auf der Generalversammlung am 21. Juli 1932 unter großem Protest der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder die Fortbildungskurse der Fa. Ullstein. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 70

daß dieser eine Zerschlagung des Reichstarifs bedeute, also Schaffung von Ecklöhnen und Lösung vom Buchdruckertarif. Die Berliner Hilfsarbeiter sträubten sich dagegen. Auf Grund des durch den neuen Tarif beabsichtigten Lohnabbaus bei der Fa. Elauer traten die Hilfsarbeiter in den Ausstand. Nach drei Tagen wurde eine Einigung auf der bisherigen Grundlage erzielt. Die Streikzeit wird nicht bezahlt und muß nachgeholt werden. Bei der Fa. Paß u. Garleb¹⁶ kam eine angekündigte Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnabbaumaßnahmen für das gesamte Personal nicht zur Ausführung.

Der Lohnkonflikt bei der Fa. Mittler u. Sohn, bei welchem die Kollegen die passive Resistenz in Anwendung brachten, endete mit einem 20% übertarifl. Lohnabbau der Maschinensetzer und Stereotypeure und 25% bei den übrigen Kollegen. Der mehrtägige Streik der Hilfsarbeiter bei der Fa. Scherl endete mit Streikabbruch und bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit. Die Kampfstimmung war gut. Auch bei der Fa. Ullstein war bei den Hilfsarbeitern Streikstimmung, obwohl dort bereits seit 14 Tagen Lohnabzüge nach dem neuen Tarif vorgenommen waren. Es wurde eine Forderung auf Leistungszulage gestellt. Am 4. Oktober fanden zentrale Verhandlungen mit dem Unternehmen über eine Nachprüfung des Hilfsarbeitertarifs statt.

Hierzu erklärt Koll. [Georg] Kruse, daß er hierüber keine näheren Mitteilungen machen könne, da die Vertreter ehrenwörtlich Stillschweigen gelobt hätten. Am Schluß seines Berichts erwähnt Koll. K[ruse], daß die Ausführungsbestimmungen zu der Notverordnung sehr unklar seien und keine Gewähr für die Ankurbelung der Wirtschaft böten. Darum Kampf gegen jeden Lohnabbau auf Grund der Notverordnung. In der nun folgenden Diskussion fragt Koll. Woite¹⁷, wer bei dem Lohnkonflikt bei Scherl die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen hat, desgleichen wünscht er Auskunft über das den Unterhändlern des Unternehmers gegebene Ehrenwort und knüpft hieran zweifelhafte Behauptungen.

Koll. Schmidt ist der Auffassung, daß der Gauvorstand sich mit Abgaben von Ehrenworten dem Unternehmer gegenüber befassen solle. Koll. [Georg] Kruse erwidert dem Koll. [Rudolf] Woite, daß die Angelegenheit im Scherlkonflikt Sache der Hilfsarbeiterorganisation sei. Gleichzeitig weist er aber die Unterstellung des Ehrenwortes, nachdem die Kollegen nach den Andeutungen des Koll. Woite hin zu beurteilen, gewissermaßen hinter das Licht geführt werden sollen, in scharfen Worten zurück. Koll. Wunderlich kritisiert gleichfalls das Verhalten des Koll. Woite.

Im Anschluß gibt Koll. W[underlich] eine Erklärung über seine Nichtinzuziehung als stellvertr[etender] Vorsitzender zu den Gauvorstandssitzungen ab. Diese erübrige sich durch die Berichterstattung des Koll. [Georg] Kruse. Wenn die Versammlung aber eine diesbezügliche Änderung wünsche, lasse er darüber abstimmen. Die Abstimmung ergibt ein Weiterbestehen des Provisoriums bis zum Schluß des Jahres. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

[Wilhelm] Keilmann

(17. August 1932), Nr. 66. Zur "Mehrheitsmeinung" s. Ullstein-Kurse für jugendliche Buchdruckergehilfen. In: Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (21. Januar 1933), Nr. 6.

16 Von 1889 bis 1943 hatte die Druckerei Paß & Garleb (später Erich Garleb GmbH) ihren Sitz im Gewerbehof Bülowbogen (<http://www.buelowbogen.de/historie/>). Die Druckerei zeichnete sich durch eine breite Produktpalette aus. In der Firma arbeitete damals u.a. der spätere Vorsitzende der Berliner IG Druck und Papier Karl Richter.

17 Das Berliner Adressbuch von 1932 weist nur einen Berufskollegen unter dem Namen Woite nach; den Schriftsetzer Rudolf Woite in der Ostmarkstraße.

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Deubühlerstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 31. Dezember 1932

Nummer 103

An der Jahreswende!



Mit bewegten Gefühlen scheidet wir von einem Jahr, das eine Fülle von Ereignissen in sich barg, die von schicksalsschwerer Bedeutung für Volk und Staat, im besonderen aber auch für die deutsche Arbeiterschaft gewesen sind. Politisch durchwühlt wie keins seiner Vorgänger im letzten Jahrzehnt, rief es die Wähler nicht weniger als fünfmal an die Urnen, um durch den Volkswillen der Staatspolitik Richtung und Ziel zu geben. Die Reaktionswelle stieg dabei bis auf ihren Scheitelpunkt. Machlüsterne Demagogen glaubten den Zeitpunkt gekommen, um Volksrechte und Freiheit zu zertreten und an ihrer Stelle Diktatur und Gewaltherrschaft aufzurichten. Auf die organisierte Arbeiterschaft als dem stärksten Bollwerk gegen die Sturmflut reaktionärer Anschläge richtete sich der Vernichtungswille in erster Linie. Aber dieses Bollwerk hielt stand. Von gewaltigen Impulsen bewegt, wuchs eisern die Front zu geschlossener Abwehr! In die Befriedigung über die Erfolge ihrer organisatorischen Kräfte mischt sich jedoch für die Arbeiterschaft herbe Trauer um die Hunderte von Gefallenen oder an ihrer Gesundheit Geschädigten, die Blut und Leben für die Erhaltung der Freiheit eingesetzt haben. Ihnen gilt heute besonders unser ehrendes Gedenken. An ihrer Opfertreue soll unsere Kraft sich stählen für alle künftigen Verteidigungskämpfe!

Die wachsende Krisennot, der Millionenschrei nach Arbeit und Brot hat gegangene und gekommene Regierungen noch nicht zu bewegen vermocht, diejenigen allein wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, die von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind. Lauter als je ertönt deshalb heute an der Schwelle eines neuen Notjahres unser Ruf nach Arbeitsbeschaffung und durchgreifender Arbeitszeitverkürzung, damit endlich die wachsende Verzweiflung von den Massen arbeitsbereiter, aber arbeitsbehinderter Menschen genommen wird! Die Gewerkschaften haben sich gegen eine neue notverordnete Lohnsenkung erfolgreich zur Wehr gesetzt; enge Verbundenheit und Disziplin der Mitglieder haben dem unzulässigen staatlichen Eingriff in das Tarifrecht den Boden entzogen. Möge gleicher Abwehrwille auch künftig hinter jedem Ruf der Führung stehen!

Auch im Buchdruckgewerbe sind neue tarifliche Komplikationen in Aussicht. Weitere Rationalisierung durch Leistungssteigerung und erhebliche Verminderung der Arbeitskräfte an den Maschinen sollen nach den Absichten der Unternehmer die Rentabilität der Betriebe erhöhen, die Arbeitslosigkeit aber noch stärker anschwellen lassen. Angesichts solcher Bestrebungen ist es besonders nötig, das Gefühl der Einigkeit zu stärken und die Organisation in ihrer Geschlossenheit gegenüber allen Angriffen, woher sie auch kommen mögen, zu schützen. Beispiellose Opferwilligkeit der Mitglieder hat bisher vermocht, den Verband mit allen seinen Einrichtungen über diese unerhörte Notzeit hinwegzubringen. Die gleiche Opferfreude und Pflichttreue sowie gegenseitiges Vertrauen sollen und müssen auch im kommenden Jahr Triebfeder und Leitstern unsres Handelns sein.

Mit den besten Wünschen für ein gutes Jahr 1933 verbinden wir Dank und Anerkennung an alle Funktionäre und Mitarbeiter, die ihre Kräfte freudig in den Dienst der Organisation gestellt haben. Wir erbitten auch weiterhin ihre wertvolle Mitarbeit. Gern gedenken wir im Anschluß hieran in diesem Jahr besonders noch der aufklärenden Mithilfe des nunmehr seinen 70. Jahrgang abschließenden Organs des Verbandes. In allen Schwierigkeiten des geistigen Ringens gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Gegnern innerhalb und außerhalb des Gewerbes ist der „Korrespondent“ ein zielbewußter Führer und Verteidiger gewesen. Er wird dies im Vertrauen auf das seit seiner Gründung und seit Bestehen des Verbandes erprobte kollegiale und schicksalsgebundene Zusammengehörigkeitsgefühl auch in Zukunft sein.

So sollen denn auch im Jahre 1933, das die Abgesandten der gesamten Kollegenschaft zusammenführen wird, um nach vier Jahren auf dem Verbandstag Bilanz und Schlußfolgerungen aus schwerer Vergangenheit zu ziehen, alle Kräfte vereinigt werden zu dem machtvollen Dreiklang unsres Freiheitssymbols: **Aktivität, Disziplin, Einigkeit!**

Berlin, 31. Dezember 1932

Der Verbandsvorstand

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Als ich mich Ende September an euch wandte, hatte die Regierung von Vapen jene Notverordnungen erlassen, die einen unerhörten Eingriff in die Rechte der Arbeiterschaft bedeuteten. Der Bundesvorstand rief euch zum Kampf gegen diese Notverordnung auf. Ihr seid diesem Kampfe gefolgt. Wenn später die neue Regierung die drückendsten Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September zurücknehmen möchte, so ist das eurer festen und entschlossenen Haltung zu verdanken. Die ganze deutsche Öffentlichkeit hat von neuem erkennen müssen, daß die Gewerkschaften Deutschlands den großen machtvollen Block bilden, durch den sich der Wille der Arbeiterschaft immer wieder durchzusetzen vermag.

Gerade deshalb aber bricht von allen Seiten eine Flut von Verleumdungen, Entstellungen und Verdächtigungen über die Gewerkschaften herein. Es sind Kräfte am Werk, die fortgesetzt neue Uneinigkeit in die Masse der organisierten Arbeiterschaft hineintragen wollen. Man wiszt uns vor, daß wir mit dem Reichsfunkler, Schleicher verhandelt haben. Man verdächtigt uns der Zusammenarbeit mit reaktionären Gruppen. Man glaubt, daß wir unser großes Ziel, die Bewirtlichung einer sozialistischen Wirtschaft, aufgegeben haben.

Wer diese Meinung vertritt, der kennt nicht das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung. Mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der wir seit Jahrzehnten zusammenarbeiten, sind wir uns darüber einig, daß das letzte Ziel der Arbeiterschaft die Bewirtlichung des Sozialismus ist. Aber ihr wiszt, daß die Gewerkschaften gegründet sind, um die Lage der Arbeiterschaft im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung zu verbessern. In stetigem Kampf, in unermüdlicher Kleinarbeit haben wir gemeinsam diese Aufgabe zu erfüllen gesucht. In der jetzigen Weltwirtschaftskrise, die nicht die Gewerkschaften verschuldet, haben wir unsere ganze Kraft besonders dafür eingesetzt, die Lage der Arbeitslosen zu bessern. Wir haben die Forderung nach der vierzigstündigen Arbeitswoche erhoben, um die Zahl der Arbeitsplätze zu vermehren. Wir haben seit einem Jahr immer wieder die Forderung nach Arbeitsbeschaffung gestellt.

Unsre Ideen haben sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr durchgesetzt. Heute versucht die Regierung von Schleicher, einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen. Dem Sozialismus wird diese Regierung nicht verwirklichen. Das wissen wir wohl. Sie will im Gegenteil, ebenso wie die Regierung von Vapen, die kapitalistische Wirtschaft befestigen. Aber können wir in dieser Situation die Aufforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuarbeiten? Wenn wir als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft zu dieser Mitarbeit bei der Durchführung der Arbeitsbeschaffung bereit sind, so geben wir von unsern letzten großen Zielen kein iota auf. Die Verantwortung für die Arbeiterschaft, die aus uns lastet, ist aber zu groß, als daß wir es ablehnen können, mit diesem oder jenem zu verhandeln, der uns auf Grund seiner Vergangenheit nicht angenehm ist.

Ich weiß, daß die Funktionäre der Gewerkschaften diese Haltung verhehlen. Um so mehr erwarte ich, daß sie der Masse der Mitglieder und den Massen der Unorganisierten gegenüber mit aller Entschiedenheit diese Haltung verteidigen, daß sie sich durch alles Geschrei von Verrat nicht erschüttern lassen.

Ich bin überzeugt, daß uns im neuen Jahr neue schwere Kämpfe bevorstehen. Wir gehen ihnen mit Zuversicht entgegen, weil in den Gewerkschaften die ungebrochene Kraft und der sozialistische Wille der deutschen Arbeiterschaft lebendig sind. Theodor Leipziger

Die letzte Ausgabe des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ des Jahres 1932 verbreitet die Hoffnung, mit „Aktivität, Disziplin und Einigkeit“ der politischen und ökonomischen Krise trotzen zu können.

Tagesordnung der gemeinschaftlichen Bezirksversammlungen in der Woche vom 7. bis 12. November 1932

1. Vortrag
2. Bericht
3. Aufstellung der Kandidaten für die Wahl der Delegierten für das Jahr 1933

Protokoll der neunten ordentlichen Bezirksversammlung am Montag, den 7. November 1932, abends 7 Uhr, in den Arminius-Festsälen, Bremer Straße 72/73.

Der stellvertretende Vorsitzende Koll. [Richard]Wunderlich eröffnet 7 1/2 Uhr die sehr schwach besuchte Versammlung (es sind 52 Kollegen anwesend). Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, daß der zu heute vorgesehene Vortrag infolge Verhinderung des Referenten auch diesmal leider nicht gehalten werden kann und macht hierauf den Vorschlag, den 3. Punkt der Tagesordnung zuerst zu setzen und als 2. Punkt den Bericht folgen zu lassen. Da ein Widerspruch hiergegen nicht erfolgt, wird demgemäß verfahren.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Delegierten für die Generalversammlungen im Jahre 1932/33 gibt Koll. [Richard] Wunderlich bekannt, daß gemäß des Gaustatuts für unseren Bezirk 1 17 Kandidaten und etwa 4 bis 6 Ersatzleute neu aufzustellen sind, welche, wenn nur eine Liste eingereicht wird, gleichzeitig gewählt werden können, und ersucht um diesbezügliche Vorschläge. Koll. Balletro bringt hierauf die nachfolgende Delegierten-Vorschlagsliste der Amsterdamer Richtung¹⁸ zur Verlesung und ersucht um Unterstützung und Annahme derselben. Diese Liste enthält folgende Namen der Kollegen:

Delegierte: 1. Arlt, Karl, 2. Balletro, Rudolf, 3. Cassube, Willy, 4. Fricke, Wilhelm, 5. Ganselow, Herm[ann], 6. Derloff, Paul, 7. Handro, Heinrich, 8. Heinze, Ernst, 9. Keilmann, Wilhelm, 10. Köppen, Karl, 11. Paetsch, Willi, 12. Rehse, Helmut, 13. Soor, Richard, 14. Stauder, Karl, 15. Stolt, Emil, 16. Strohmeyer, Max, 17. Wunderlich, Richard. Ersatzleute: Knessin, Herm[ann], Mairoser, Karl, Preisker, Fritz, Unger, Kurt.

Da eine zweite Liste nicht eingereicht wird und eine Ablehnung der verlesenen Vorschlagsliste nicht erfolgt, läßt Koll. [Richard] Wunderlich über die letztere abstimmen. Die Abstimmung ergibt 46 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen für die Vorschlagsliste der Amsterdamer Richtung, welche somit als gewählt gilt.

Koll. [Richard] Wunderlich ersucht hierauf die neugewählten Delegierten, sich auch im neuen Jahr ihrer Pflicht bewußt zu sein. Zu Punkt 2 Bericht erhält nunmehr Koll. [Georg] Kruse das Wort. Einleitend hält er einen kurzen Rückblick auf die Zeit vor der Reichstagswahl und erwartet, daß die Arbeiterschaft nach dem Ausgang der Wahl endlich einsehen solle, daß der

¹⁸ Auf dem Amsterdamer Kongress im August 1919, auf dem Gewerkschaften aus 14 Ländern vertreten waren, wurde die Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes neu begründet. Zunächst von Anhängern der Roten Gewerkschaftsinternationale abwertend verwendet, etablierte sich der Ausdruck "Amsterdamer Richtung" als neutraler Begriff für die Anhänger der Freien Gewerkschaften.

Bruderkampf nutzlos und schädlich sei. Es müsse daher endlich ein Weg der Verständigung gefunden werden.

Der BVG-Streik sei für die Funktionäre eine schwere Belastungsprobe gegenüber dem Unternehmer gewesen.¹⁹ Zum eigentlichen Bericht übergehend führt Kollege [Georg] Kruse aus, daß er diesen in zwei Teilen geben wolle, nämlich: 1. Organisationsfragen, 2. Rechtsfragen und Entscheidungen. Zu 1 unter Nachweis stellte Koll. K[ruse] zunächst fest, daß bei einem gewissen Teil der in Arbeit stehenden Kollegen, wenig Interesse für die Not der Arbeitslosen vorhanden sei. Die Zahl der arbeitslosen Kollegen betrug am 28. Oktober 5.888, am 4. November 5.900. Eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes war auch während der fünf stattgehabten Wahlen nicht festzustellen.

Bei dem Hinweis auf die Weihnachtsspende für die arbeitslosen Kollegen kritisierten Redner scharf das Verhalten einiger Kollegen, die es ablehnen, auch nur einen Pfennig für diese Spende zu opfern. Diese Kollegen sollen nunmehr vom Gauvorstand durch ein Schreiben an ihre Solidaritätspflicht erinnert werden. Bei weiter ablehnender Haltung soll die Veröffentlichung der Namen in den Gaumitteilungen erfolgen.

Die Belegschaft der „Deut[schen] Tageszeitung“ sprach ihrem Betriebsrat ein Mißtrauensvotum aus, weil derselbe gegen die Einstellung von Arbeitslosen in einer Abteilung war. Bei der Fa. Nordd. Eichner (Wagner) leistete die Belegschaft Widerstand gegen einen Abzug von 30-35% des Lohnes, der auf Grund der Notverordnung durch Arbeitereinstellung getätigt werden sollte. Nach 4stündiger passiver Resistenz wurde eine Einigung zugunsten der Belegschaft erzielt. Der geplante Abbau der übertarifl. Löhne um $66 \frac{2}{3}$ % bei der Fa. Hempel wurde von der Belegschaft durch eine Gegenforderung, nämlich die Beseitigung der „Lohnzahlung auf Stottern“ erfolgreich abgewehrt.

Aus dem Verband ausgeschlossen wurden zwei Kollegen und zwar der ehemalige Be[triebsrats] Vorsitzende bei der Fa. Maurer u. Dimick, Erich Jakobi, wegen unehrlichen Verhaltens den Kollegen gegenüber durch Unterschlagungen, und der Drucker Willy Krause wegen verbandschädigenden Verhaltens und unanständiger Aufführung vor dem Gauvorstand. Gewarnt wird vor einem gewissen „Berufsgenossen“ Priebe, welcher sich als Agent zur Vermittlung von arbeitslosen Kollegen von außerhalb betätigt. Es wird gleichzeitig um Mitteilung über seine Tätigkeit gebeten.

Koll. [Georg] Kruse teilt sodann mit, daß die vom Gauvorstand an die Betriebe ausgegebenen Fragebögen für eine Statistik genau ausgefüllt und sofort zurückgegeben werden sollen.²⁰

19 Unmittelbar vor der Reichstagswahl vom 6. November 1932 begonnen, richtete sich der Streik gegen Lohnkürzungen, die zwischen der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) und dem freigewerkschaftlichen Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs ausgehandelt wurden. Während des Streiks wurden viele tradierte Positionen „durcheinandergewirbelt“. (Zusammenarbeit von Kommunisten und Nationalsozialisten/Votum der freigewerkschaftlichen Mitglieder gegen die eigene Gewerkschaftsleitung etc.). S. Röhl, Klaus Rainer: Die letzten Tage der Republik von Weimar. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932. München, 2008.

20 Am 18. November 1932 erstellte der Verbandsvorstand eine Statistik zur Erfassung der organisatorischen Verhältnisse sowie der Arbeitsbedingungen im ganzen Reich. Die Berliner Ergebnisse wurden im Jahresbericht 1932, a.a.O., S. 8 f. veröffentlicht. Eines der Ergebnisse: Von 8.834 Gehilfen arbeiteten 5.296 in reiner Tagschicht, 3.192 in Schichtwechsel und 349 in Nachtschicht.

An die Berliner Buchdruckerkollegen!

Die SPD-Fraktion im Berliner Gau, die heute die Positionen im Gau behält, versucht angesichts der erfolgreichen Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition auch die letzten Reste der Gewerkschaftsdemokratie mit Stumpf und Stiel auszurotten, um mit Methoden der Likquendiktatur jedes Mitbestimmungsrecht der Kollegen auszuschalten. Hier der Beweis für unsere Behauptungen:

In mehreren Sitzungen des Fraktionsvorstandes der SPD. schob man die Liste der SPD-Mitglieder zusammen, die mit Genehmigung der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten zum Verbandstag gehen dürfen. Um zu verhindern, daß Kollegen zur Urwahl vorgeschlagen werden, die nicht mit der SPD-Politik durch dick und dünn gehen, organisierte der SPD-Fraktionsvorstand einen Wahlbetrug übester Sorte. Er stellte eine Liste mit 39 SPD-Mitgliedern auf, die in den letzten Bezirksversammlungen und in der Generalversammlung vorgeschlagen wurden.

Gleichzeitig verlangte er, daß 13 SPD-Leute vor der Urwahl auf ihr Mandat verzichten, gleichgültig, mit welchem Stimmresultat sie aus der Urwahl hervorgehen.

Das ist glatter Betrug und die Urwahl eine Komödie.

Folgende Fraktionshiebler sollen auf Grund dieses Betruges nach Frankfurt gehen:

Albrecht, Barth, Barth, Traub, Eßling, Grünig, Hannemann, Hildebrand, Klein, Kriemann, Oberländer, Rindera, Welsch, Wolkmann, Raab, Schloßler, Schloßler, Schloßler, Schulze, Schumann, Tünger, Dietrich, Wiegand, Wieland, Mundelich, Jost.

Diese Taktik ließ zuerst auf den Widerstand der 13 SPD-Kollegen, die als Strohmänner fungieren sollten. (So sollten z. B. die SPD-Kollegen Feldt und Richter als Strohmänner zugunsten Schumanns und Wielands verzichten.) Aber dieser Widerstand wurde vom SPD-Vorstand Schulze u. Co. niedergebohrt. Gegen diese Diktatur wandten sich sogar stramme Sozialdemokraten, wie z. B. Kiesebeck und Fernow von der Fr. S. Hermann. Aber nichts half. Die Diktatoren setzten in der Fraktion, und jetzt eröffnen diese „Kulturdemokraten“ im „Vorwärts“ vom 15. Mai und in der Generalversammlung eine wilde Hege gegen die Kommunisten, um so die Betriebs- und Bezirksdelegierten der Generalversammlung in den Zustand der Gehirnernebelung zu versetzen, der notwendig war, um die Wahlschiebung der SPD-Liqaue zu schließen. Die Opposition, die trotz der heutigen Statuten des Verbandes, die die Minderheit glatt rechtlos machen, immer mehr an Boden gewinnt (wie Kollege Welsch im Fraktionsrahmen der SPD. feststellen mußte), deckte diesen Wahlbetrug der SPD. auf.

Die Hege gegen die „Rote Fahne“, die am 2. Mai ihre Pflicht als Zeitung des Klassenbewußten Proletariats erfüllte, war schon ein solcher Versuch der Ablenkung. Jeder Buchdrucker, der die Macht der Presse, die sich heute fast ausschließlich in den Händen der Kapitalisten und ihrer Trabanten befindet, kennt, wird verstehen, daß sich die Kommunistische Partei gegen die Hege dieser Presse wehren mußte. Das konnte sie nicht mehr am 1. Mai, weil das Verbot schon vorlag. Die einzige Möglichkeit zur Informierung der Arbeiterschaft bestand am 2. Mai, und die Kommunistische Partei hat diese Möglichkeit im Interesse der Arbeiterschaft ausgenutzt. Das dreiwöchige Verbot der „Roten Fahne“ wird jetzt benutzt, um mit den wildesten Lügen die Arbeiterschaft zu verwirren. Die SPD-Verbandsbürokratie, die sonst für die Pressefreiheit eintritt, billigt das Verbot der revolutionären Presse und ruht es aus, um gegen die oppositionellen Buchdrucker zu gehen. Ohne Beweis, ohne Untersuchung werden Ausschüsse aus der Sparte fabriziert.

Die Opposition wird unbetrtet durch diese Maßnahmen ihre Handlungen in vollster Übereinstimmung mit den Interessen der Kollegen durchführen.

Die Opposition informierte die Kollegenschaft schon vorher über die beabsichtigte Schiebung der SPD-Fraktion. In der Generalversammlung am 16. Mai führte die SPD. unter Kommando des Fraktionsobers Meisters Alfred Schulze ihr Betrugsmanöver durch. Der Gauvorsitzende Braun hegte schon bei seinem Aufruf für die Maitoten, und noch viel härter bei seinem Vierteljahrsbericht gegen die Opposition und die revolutionäre Bewegung überhaupt. Wider besseres Wissen behauptete er, daß die 27 Todesopfer bei den Maiorgängen in Berlin durch die Schuld der Arbeitermassen, die am 1. Mai auf der Straße demonstrierten, gefallen sind. Da er nach seiner Angabe 16 Zeitungen liest, weiß er bestimmt, daß die Todesopfer durch Schüsse der Förgiebel-Polizei gefallen sind. Aber nach Braun sind die Ermordeten schuldig. Er behauptet mit großem Pathos, daß Deutschland das Land der größten Presse- und Meinungsfreiheit sei. Billigt aber hinterher das Verbot der „Roten Fahne“, denn weil die revolutionäre Presse die klassenfeindlichen Handlungen der Reformisten bekämpft und kritisiert, ist er für ihre Unterdrückung. Aber nicht nur in diesem Falle zeigt man seine „demokratischen Wurzeln“. Bei der Aufstellung der Delegierten zum Verbandstag stimmte die SPD-Fraktion geschlossen für ihre Fraktionsliste, die bezeichnenderweise zehn im Verwaltungsapparat befindliche Angestellte aufweist, ließ alle anderen Vorschläge unbeachtet und setzte sich über das Vorschlagsrecht wichtiger Sparten und einiger Bezirke glatt hinweg. Die Opposition reichte ihre Vorschläge ein:

Kraut, Albert, Sekretär
Bahr, Karl, Seher
Behring, Hans, Seher
Dietrich, Richard, Maschinenseher
Licht, Emil, Trauer
Fitzner, Ernst, Betriebsleiter
Fölling, Erich, Trauer
Froh, Otto, Sekretär
Fischer, Kurt, Seher
Fogelmeier, Daniel, Weiß-Seher
Fischer, Wilhelm, Seher
Frasse, Fritz, Seher
Feringang, Emil, Seher
Fischer, Hermann, Seher
Friedmann, Max, Trauer
Graf, Wilhelm, Sekretär
Grafel, Arns, Seher
Groschling, Trauer
Grundel, Anton, Seher
Janzel, Paul, Seher

Knappe, Erich, Maschinenseher
Kang, Hermann, Sekretär
Kriemann, Walter, Maschinenseher
Koblenz, Bruno, Trauer
Kreißler, Max, Seher
Kreißler, Seher
Krebs, August, Betriebsleiter
Küster, Adolf, Maschinenseher
Kies, Robert, Maschinenseher
Kobbe, Kurt, Trauer
Köhler, Paul, Seher
Schmidt, Wilhelm, Seher
Schuler, Ernst, Schriftleiter
Schulz, Bruno, Maschinenseher
Schuler, Emil, Seher
Schulz, Hermann, Seher
Schulz, Fritz, Seher
Kraut, Adolf, Trauer
Wolf, Walter, Seher

Die Maschinenseher vertraten ihren Spartenvorschlag. Bei der Abstimmung stellte sich heraus, daß ein Fünftel der Generalversammlung — nämlich von 599 Anwesenden stimmten 122 für die Opposition — sich gegen die Fraktionschiebung der SPD. wandte. Trotzdem bringt es der „Vorwärts“ in seinem Bericht über die Generalversammlung der Buchdrucker fertig, von dem Fünftel der Opposition zu sprechen. Auch die übrigen Vorschläge der Opposition wurden von einer erheblichen Minderheit unterstützt. Durch die Handlungsweise der SPD-Fraktion im Berliner Gau ist die Durchführung einer einmündigen Urwahl nicht möglich, weil die Opposition ausgeschlossen ist. Ganz gleichgültig, wie die Kollegen in den Betrieben abstimmen: Nur die von der SPD. ernannten Kollegen werden nach Frankfurt am Mai gehen. So wollen es die SPD-Fraktionshiebler. Denkt daran, daß der Kollege Welsch im engen Fraktionsrahmen der SPD. zugeben mußte:

„Jawohl, die Opposition hat fähige Leute, aber wir müssen Amsterdamer schicken.“

Das ist der Grund für die durchgeführten Wahlschiebungen der SPD. Durchkreuzt dieses Manöver, damit die Meinung der Berliner Kollegen zum Ausdruck kommt. Verteiligt die letzten Reste der Arbeiterdemokratie im Buchdruckerverband, die jetzt durch die SPD-Fraktionsmanöver vernichtet werden sollen!

Wir fordern die Kollegen auf, sich gegen den Terror der SPD. zur Wehr zu setzen. Macht die Stimmgabel ungültig!

Alle Kandidaten auf den Stimmzetteln durchstreichen!

Verantwortlich: Güdel, Berlin. — Druck: „Neubau“, Berlin G. 26.

Die Opposition im Buchdruckerverband

Flugblatt der kommunistischen Opposition zur Delegiertenwahl zum 14. Verbandstag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im Volksbildungsheim zu Frankfurt am Main vom 24. bis 29. Juni 1929. Das Flugblatt nimmt Bezug auf die politischen Unruhen nach dem „Blutmai“ 1929 in Berlin. Zur unterschiedlichen Interpretation der Ereignisse siehe die Darstellungen in den beiden „Dietz-Verlagen“: Kurz, Thomas: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Bonn/Berlin: J.H.W. Dietz Nachf., 1988. Schirmann, Léon: Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit. Berlin: Dietz Verl., 1991. Quelle: Nachlass Karl Richter, Karl-Richter-Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker e.V.

Zum 2. Teil Arbeitsgerichts-Entscheidungen führte Koll. [Georg] Kruse fünf verschiedene Fälle an und zwar: Fall 1. Bei einem Streik wegen Lohnabzug auf Grund der Notverordnung bei der Fa. Enke-Pottbus beantragte die Fa. beim Arb[beits]gericht eine Verfügung, wonach der Gewerkschaft untersagt ist, Streikunterstützung zu zahlen. Dem Antrag wurde durch den Amtsgerichtsrat mit sonderbarer Eile stattgegeben. Vor Beginn von Verhandlungen war ein großer Teil der Belegschaft wieder in den Betrieb zurückgegangen, während ihre 30 Kollegen weiter im Ausstand verharrten.

Der zweite Fall betrifft die Fa. Fritsch, welche den Druck von Zigarettenschachtel-Einlagen durch eine Zeitstudienkommission kontrollieren und die Leistungen durch eine Stoppuhr feststellen ließ. Die Drucker lehnten diese Art Kontrolle als tarifwidrig ab.

Der dritte Fall betrifft die Rotationer bei Scherl, welche infolge der während des Streiks erfolgten Ablehnung der Zusammenarbeit mit fremdem Personal während dieser Zeit nach Haus geschickt wurden und nun für die ausgefallenen Lohnstunden Bezahlung verlangen. Das Urteil steht hierüber noch aus.

Der vierte Fall betr. Lehrlingsskala herrschen verschiedene Auffassungen über die Berechnung der Einstellungszahl nach Terminen. Hier erfolgte Überweisung an den Berliner Fachausschuß.

Der fünfte Fall betr. Klage eines Zeitungshändlers auf Versicherungspflicht der betr. Firma. Die Reichsversicherung stellt fest, daß infolge überwiegender Beschäftigung bei der Firma eine Versicherungspflicht besteht, welche aber von Fall zu Fall eingeklagt werden muß.

Koll. [Georg] Kruse weist auf die Rückwirkung dieses Urteils besonders hin, wonach der betr. Zeitungshändler dann auch aktiv wahlberechtigt bei Betriebsratswahlen ist. Zu der Angelegenheit betr. der Herstellung des Drucks der „Roten Fahne“ bei der Fa. König als Streikarbeit bemerkt Koll.[Georg] Kruse, daß der Gauvorstand grundsätzlich den Standpunkt vertrete, daß bei einer Sperre über den Betrieb, diese auch für jede rausgehende Arbeit zutreffe. Er habe aber gegen den Druck der Zeitung während der Wahlzeit keine Bedenken gehabt. In der Diskussion bemängelt Koll. [Rudolf] Woite den schwachen Besuch der Bezirksversammlung und kritisiert die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer bei dem BVG-Streik. Koll. [Ernst] Proske erklärt sich gegen jedes Zeitungsverbot und äußert sich zu dem Bericht. Koll. [Rudolf] Balletto kritisiert das Verhalten der Kollegen betr. Verweigerung der Weihnachtsspende. Koll. [Richard] Wunderlich teilt mit, daß zum Bezirk 1 etwa 400 Kollegen gehören, der Besuch in anderen Bezirken aber im Verhältnis auch nicht besser sei. Desgleichen kritisiert er das Verhalten des Koll. [Rudolf] Woite betr. seiner Äußerung über die Preußenregierung. Koll. [Georg] Kruse versichert in seinem Schlußwort, daß der Verbands- und Gauvorstand ebenfalls gegen jedes Zeitungsverbot seien und mahnt die Kollegen nochmals, Solidarität zu üben, Koll. [Richard] Wunderlich schließt die Versammlung mit der Bitte, zur nächsten Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Schluß 22 Uhr.

[Wilhelm] Keilmann

Tagesordnung der gemeinschaftlichen Bezirksversammlungen in der Woche vom 4. bis 10. Dezember 1932

1. Bericht
2. Wahl der Bezirksleiter und des Bezirksvorstandes
3. Wahl der Delegierten zu den Generalversammlungen des Berliner Gaus für das Jahr 1933
4. Beratung der Anträge auf Änderung der Satzungen

Protokoll der zehnten ordentlichen Bezirksversammlung am Montag, den 4. Dezember 1932, abends 7 Uhr, in den Arminius-Festsälen, Bremer Straße 72/73.

Kollege [Richard] Wunderlich eröffnet um $\frac{3}{4}$ 8 Uhr die gut besuchte Versammlung und gibt dem Koll. [Georg] Kruse das Wort zum 1. Punkt Bericht.

In einer längeren Rede über das 70. Jubiläum des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer führt Kollege [Georg] Kruse folgendes aus: Die schweren Zeiten der augenblicklichen Krise machen eine Feier zurzeit unmöglich. Es soll aber auf den Zusammenhalt und Disziplin unserer Organisation hingewiesen werden. Am 2. Dezember 1862 fand die Gründungsversammlung statt. Finsterste Reaktion folgte. Trotzdem war es möglich im Wechsel der Zeiten die Mitgliedschaft ständig zu erhöhen. Das Ziel war, die wirtschaftliche Macht zu erreichen. Darum ist es nötig, fest zusammen zu stehen und Solidarität zu üben. Die Jahre des Sozialistengesetzes sind auch an uns nicht vorübergegangen. Dies alles ist in der Jubiläumsschrift niedergelegt.²¹

Weiter schildert er die Kämpfe über Lohn und Arbeitszeit in den 90er Jahren. Die vorbildlichen Einrichtungen unserer Organisation sind von vielen anderen Berufsgruppen nachgeschaffen worden. Durch den festen Zusammenhalt ist es uns möglich gewesen, die Opfer der Krise noch einigermaßen zu unterstützen. 15.000 Mitglieder sind fest in unserer Organisation vereinigt. Mögen doch bald bessere Zeiten kommen, daß es wieder vorwärts und aufwärts geht.

Die Arbeitslosenstatistik umfaßt immer noch 5.523 Kollegen, das sind 36,8 % der Berliner Mitglieder. Weiter wird auf den Kursen (die Kurse) des Bildungsverbandes hingewiesen. Die Zeichenmittel für arbeitslose Kollegen bei der Stadt Berlin sind abgelehnt worden. Ferner richtete Kollege [Georg] Kruse einen Appell zur fleißigen Sammlung der Weihnachtsbeiträge, ebenfalls ist Beschwerde geführt, wegen Unpünktlichkeit der Zahlung der Beiträge, die doch in dieser schweren Zeit sehr gebraucht werden. Trotzdem nichts mehr abzubauen geht, wird immer noch versucht, den Lohn abzubauen.

Ein Konflikt in der Paragon-Kassablock, Berlin-Oberschöneweide, wegen Antreiberei ist zugunsten der dortigen Kollegen abgewehrt worden. Die Schriftgießerei Berthold, Berlin, versuchte den Tariflohn zu kürzen. 50 Gießer reichten darauf die Kündigung ein. Darauf wurde am 1. Dezember die 40Stundenwoche eingeführt und der volle Tariflohn gezahlt. Es wurden

21 Georg Kruse meint die voluminöse Verbandsgeschichte: 50 Jahre Gewerkschaftsarbeit. Geschichte des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Berlin, 1912.

Protokoll der zehnten ordentlichen
Bezirksversammlung am Montag, den 4. De-
zember 1932, abends 7 Uhr in den Arminius-
Festsälen, Bremer Straße 72/73. - Löliger Wunderlich
 eröffnet um 7/8 Uhr die gütlichste Versamm-
lung und gibt, dem Löligen Kreise den Wort
zum 1. Punkt Gewiß. In seiner längeren Rede
über den 70. Geburtstag des Vereins Ludwig Luf.
brüder und Begrüßungen spricht Löliger Kreise
folgendes aus: In schweren Zeiten drängen,
bleibenden Zeit müssen eine Feind gezeigt nur,
möglich. Es soll aber mit der Gesamtheit und
Sitzigen unserer Organisation zusammen
werden. Am 2. Dezember 1882 fand die Gründungs-
versammlung statt. Fünftausend Reaktion folgte.
Trotzdem war es möglich im Kampf der Zeiten
die Mitgliedschaft ständig zu vergrößern. Das Ziel
war, die wirtschaftliche Krise zu überwinden. Das
ist es nötig fest zusammen zu stehen und Solidarität
zu üben. Die Frage der Sozialistengesetz

Protokoll der zehnten ordentlichen Bezirksversammlung am Montag, den 4. Dezember 1932, abends 7 Uhr; in den Arminius-Festsälen, Bremer Straße 72/73.

dadurch Mehreinstellungen erreicht. Der Konflikt ist damit erledigt.²²

Am 8.-10. Dezember Gauvorsteher-Konferenz.²³ Vorverhandlungen der Sonderbestimmungen mit den Unternehmern, Druckern, Maschinensetzern, Stereotypeuren. 13. und 16. Dezember finden Verhandlungen mit den Unternehmern statt.²⁴ Mit den Worten, Geschlossenheit für die kommenden Zeiten wird uns wieder aufwärts bringen, schloß Kollege [Georg] Kruse seinen Bericht. Reicher Beifall der Versammlung beweist, daß die Worte guten Boden gefunden haben.

In der Diskussion war Koll. [Georg] Nowakowski mit den Ausführungen des Koll. [Georg] Kruse einverstanden, bemängelte aber, daß derselbe das Arbeitslosenproblem nur gestreift hatte. 50% wird der Arbeitsnachweis umgangen. Um alle Arbeitslosen unterzubringen, muß mit aller Energie an die Verkürzung der Arbeitszeit herangegangen werden. Die Krönung ist, viel opferwillige alte Kollegen hungern.

Kollege [Rudolf] Woite ist der Meinung, daß der kapitalistische Staat der allein Schuldige sei, also fort damit, Kollege Proske weist darauf hin, daß bei den kommenden Tarifverhandlungen die Leistungserhöhung nicht diskutierbar ist, er bittet deshalb um Einhaltung der Leistungen, sonst würden überhaupt keine Arbeitslosen eingestellt. Kollege Krüger erwidert Koll. [Georg] Nowakowski, daß die Löhne schon sehr herunter sind und Kurzarbeit sehr häufig wechselt. Von seiten der Vertreter der Gehilfenschaft werden keine Zugeständnisse gemacht. Kollegen sollen nur das leisten, was sie verdienen.

Im Schlußwort weist Koll. [Georg] Kruse den Vorwurf zurück, daß das Arbeitslosenproblem nicht so behandelt wurde, wie verlangt. Es stehen keine Machtmittel zur Verfügung, es so durchzuführen, wie man wünschte, aber es möchten doch wieder Zeiten kommen, um der Zersplitterung Herr zu werden.

Zum 2. Punkt wurden gewählt Kollege [Richard] Wunderlich als 1. Bezirksleiter, Kollege [Wilhelm] Keilmann als 2. Bezirksleiter und die Kollegen [Karl] Stauder und [Karl] Köppen als Schriftführer. Kollege [Richard] Wunderlich dankte für die Wahl und wird den Bezirk 1 so vertreten, daß es im Interesse der Kollegen und unserer Organisation von Nutzen sein wird.

Der 3. Punkt ist schon in der vorigen Versammlung erledigt und konnte von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der letzte Punkt fand lebhafte Aussprache der Kollegen [Rudolf] Woite und [Georg] Nowakowski, beide Redner wandten sich scharf gegen den Antrag des Gauvorstandes. Kollege [Karl] Mairoser ist der Meinung, daß die ganze Aussprache ins Uferlose geht, er bittet, dies der Generalversammlung zu überlassen. Die Versammelten stimmten damit überein. Nach kleineren Anfragen einzelner Kollegen schloß Kollege [Richard] Wunderlich mit Angabe der nächsten Bezirksversammlung am 9. Januar 1933, um 10 Uhr die Versammlung.

Karl Stauder

22 Aus dem Bericht 1932 des "Vereins der Berliner Schriftgießer": "Zum Schluß des Jahres befanden wir uns im Abwehrkampf gegen Abzüge, welche uns die Unternehmer zweier Firmen bei Neueinstellung durch Notverordnung zudedacht hatten. Die Gefahr konnte abgewehrt werden durch festes, einmütiges Zusammenhalten der gesamten Kollegenschaft." S. Jahresbericht 1932, a.a.O., S. 43.

23 S. Verlauf und Ergebnisse der Gauvorsteherkonferenz, In: Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 70 (14. Dezember 1932), Nr. 100.

24 S. Ergebnislose Vorverhandlungen zum Manteltarif, In: Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 70 (21. Dezember 1932), Nr. 102.

Mitteilungen

des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
im Verbands der Deutschen Buchdrucker, Gau Berlin

Büro: Berlin SO 16, Engelufer 24-25

Fernruf: F 7, Jannowitz 21 41

Postscheckkonto: Berlin Nr. 1029 49

Jahrgang 1932 Freitag, 2. Dezember Nummer 15

70 Jahre

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Am 2. Dezember 1862, also schon 3½ Jahre vor Gründung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, fand sich eine Anzahl Berliner Buchdrucker zusammen zwecks Gründung einer Buchdrucker-vereinigung für Berlin, deren Aufgabe es sein sollte, die traurigen Lehrlingsverhältnisse zu verbessern und eine Verschlechterung der Lage der Gehilfen abzuwenden, daneben auch technische und wissenschaftliche Vorträge zu veranstalten u. a. m. Die erste Vereinsversammlung am 9. Dezember 1862 zeigte schon 53 Kollegen als Mitglieder, also als Vereinsgründer. Der „Berliner Buchdruckergehilfen-Verein“, wie er genannt wurde, trat sofort mit einem Aufruf an die Berliner Kollegenschaft in Form eines Inserats an die Öffentlichkeit, um darin die Gründung des Vereins, seine Statuten und das Mitgliederverzeichnis bekanntzugeben. Das war für die damalige Zeit eine mutige Tat, denn der § 183 der damals gültigen Gewerbeordnung vom 17. I. 1845 lautete:

„Die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen ohne polizeiliche Erlaubnis ist, sofern nach den Kriminalgesetzen keine härtere Strafe eintritt, an den Stiftern und Vorstehern mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängnis bis zu vier Wochen, an den übrigen Teilnehmern mit Geldbuße bis zu 20 Thalern oder Gefängnis bis zu vierzehn Tagen zu ahnden.“

Ebenso wurde mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wer andere zur Einstellung der Arbeit aufforderte oder veranlaßte, während Verlassen der Arbeit, grober Ungehorsam oder beharrliche Widerpenstigkeit mit Geldbuße bis zu 20 Talern oder mit Gefängnisstrafe bis zu 14 Tagen zu bestrafen war. Das war vor 70 Jahren, im Jahre 1862. Klingt das nicht recht neuzeitlich? Wie lautete doch die einstweilige Verfügung, die das Berliner Arbeitsgericht auf Antrag des Deutschen Buchdruckervereins am 11. Oktober 1932 gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker erließ, als das Personal der Firma Enke in Kottbus die Arbeit niederlegte? Sie war Geist vom Geist von 1845, nur in moderne Form gegossen. Ihr Inhalt sei zur ewigen Erinnerung hier wiedergegeben:

„Dem Antragsgegner wird jede direkte oder indirekte tatsächliche, moralische oder finanzielle Unterstützung der in Streik getretenen Arbeitnehmer der Firma Otto Enke, Kottbus, verboten. Dem Antragsgegner wird aufgegeben, es zu unterlassen, den Streik weiter zu organisieren und durchzuführen; dies alles bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung. Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.“

Daß die Gründung des Vereins nicht nur ein Bedürfnis, sondern eine Notwendigkeit war, bewies sein schnelles Wachstum und seine Tätigkeit: Nach vier Wochen zählte man schon 300 Mitglieder, nach 12 Wochen wurde eine Tarilkommission gewählt und nach einem halben Jahre ein Johannisfest gefeiert – alles Zeichen guten kollegialen Geistes. – Infolge des Anschlusses des 1868 gegründeten

Dezemberausgabe 1932 der „Mitteilungen des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Verbands der Deutschen Buchdrucker, Gau Berlin“, die mit einer kleinen Verbandsgeschichte des Gründungsjubiläums der Organisation gedenkt. Die „Mitteilungen“ gehören zu den großen bibliographischen Kostbarkeiten der Veröffentlichungen der Buchdruckergewerkschaft. Deutschlandweit lassen sich nur drei unterschiedliche Exemplare nachweisen. . Quelle: Nachlass Karl Richter; Karl-Richter-Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker e.V.

Tagesordnung der Bezirksversammlungen in der Woche vom 8. bis 14.1.33

1. Vortrag
2. Bericht

Protokoll der ersten ordentlichen Bezirksversammlung des ersten Bezirks am Montag, 9.1.33, abends 7 Uhr, in den Arminiussälen, Bremer Straße (72/73).

Koll. [Richard] Wunderlich eröffnet um 7.30 Uhr die Bezirksversammlung und nach Begrüßung der Anwesenden erteilt er dem Gen. Bernhard Göring²⁵ das Wort zu seinem Vortrag. Göring führte aus: Nach Presseäußerungen sei jetzt die Krisenwende, es habe sich die Beschäftigung gebessert, es seien Arbeitslose eingestellt worden. Gegenüber derartigen Äußerungen sei Vorsicht geboten.

Angeblich sollten durch Papens Wirtschaftsplan 150.000 Arbeitslose in Beschäftigung getreten sein, es sind aber nur 52.000 gewesen, womit der Arbeitsmarkt nicht wesentlich verbessert wurde. Der Gewerkschaftskongreß machte andere, bessere Vorschläge: vor allem sei die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen notwendig und nicht die Produktion. 1929 seien nur noch 75% des Produktionsapparates ausgenutzt und ist später noch mehr gesunken.

Schleicher und Gereke²⁶ haben nur noch das Arbeitsbeschaffungsprogramm übernommen, das Schwergewicht sei jetzt auf die öffentliche Arbeit gelegt, wie es auch ähnlich der ADGB fordere.²⁷ Der Wirtschaftsplan der Gewerkschaften fordere einen Umbau der Wirtschaft als Gegenwartsplan, das sei nicht die Sozialisierung, sondern vielleicht Marktkapitalismus, siehe Italien und Rußland.

Das politische Leben hat seine Verwurzelung im ökonomischen Leben, unser Endziel sei der Sozialismus. Privatwirtschaftliche Ankurbelungen aber bringen immer wieder Rückschläge. 1933 werde eine Neuformung der Kräfte bringen, das hätten die Auseinandersetzungen gezeigt. Der Einfluß der Arbeiterklasse ist vor allem erforderlich. Weimar ist nicht unbedingt unser Staat. Jedoch führen wir nicht den Kampf gegen den Staat an sich, sondern gegen die Apparatur, die gegen uns ist. Krisenzeiten nutzt die Reaktion zum Abbau der Tarife usw., zur Senkung der sozialen Lage. Es sei falsch, zu sagen, die Republik ist das, was wir wollen, die Republik ist nur die Grundlage für unseren Kampf.

25 Bernhard Göring (1897-1949) war Funktionär im Zentralverband der Handlungsgehilfen und persönlicher Referent des AfA-Vorsitzenden Siegfried Aufhäuser und letzter Vorsitzender des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands. Nach 1946 Befürworter der Vereinigung von KPD und SPD. Hauptamtlich als 2. Vorsitzender des FDGB tätig. http://de.wikipedia.org/wiki/Bernhard_Göring

26 Günther Gereke (1893-1970) vertrat die Deutschnationale Volkspartei und später die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei (CNBL) im Reichstag. Unter dem Reichskanzler Heinrich Brüning arbeitete Gereke als Staatskommissar für öffentliche Arbeiten. Dabei war er federführend an Plänen für Arbeitsbeschaffungsprogramme beteiligt. Im Kabinett von Schleicher hatte er das Amt eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung und das Amt als Ostsiedlungskommissar inne und behielt dies auch kurzfristig im ersten Kabinett Hitlers. Als erster niedersächsischer Innenminister überwarf er sich mit Adenauer und siedelte 1952 in die DDR über. http://de.wikipedia.org/wiki/Günther_Gereke

27 Zum Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften s. das Standardwerk Schneider, Michael: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Bonn, 1975.



Bernhard Göring (1897 - 1949) sprach drei Wochen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung in der Versammlung des 1. Bezirks. Er plädierte für die Einheit der Arbeiterbewegung und warb für das gewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsprogramm. Göring war Funktionär im Zentralverband der Handlungsgehilfen und Vorsitzender des Bundes religiöser Sozialisten. Nach 1945 2. Vorsitzender des FDGB.

Quelle: Tribüne. Tageszeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. 5 (3. Dezember 1949), Nr. 283

Obwohl Schleicher dasselbe wie Papen ist, so hat die Reichsregierung gelernt und unter dem Druck der Arbeiter gewisse Erleichterungen beschlossen. Es zeige sich immer mehr, daß die Gewerkschaften das Bollwerk der organisierten Arbeiter sind. Eine geschlossene politische Aktion der Arbeiterschaft ist nicht möglich, die Gewerkschaften müssen den Kampf führen. Das Wirtschaftsbild ist nicht so rosig, wie es der Kapitalismus sieht. Nur durch unseren Einfluß auf die Wirtschaft kann eine Besserung der Verhältnisse kommen.

Darum heißt es, alle Kräfte sammeln! Die Gegenseite sichert sich den Staatsapparat, mit Hilfe der Nazis ist sie in den Sattel gehoben. Wir müssen uns den Unternehmern entgegenstellen. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung sprach Koll. [Richard] Wunderlich den Dank der Versammlung für den Vortrag aus und eröffnete dann die Diskussion.

Koll. [Rudolf] Woite sagte: In der kapitalist[ischen] Rechtsform sei es gleich, ob Republik oder Monarchie, es sind Diktaturen gegen die Arbeiter. Der Übergang zum Sozialismus ist die Diktatur der Arbeiter. Es ist Gewaltanwendung nötig, um den proletarischen Staat zu erringen. Nicht Forderungen an die Regierung aufstellen, sondern Taten seien nötig, wie z. B. der Berliner Verkehrsstreik eine Tat sei. Die Formen des Übergangs zum Sozialismus seien verschieden. Kapitalistische Wirtschaft bringe keinen Ausweg. Die Sozialdemokraten sind der Arzt des Kapitalismus, die Kommunisten aber wollen die Kapitalisten stürzen.

In seinem Schlußwort sagte [Bernhard] Göring: Die Kommunisten sollen sich nicht zu einer falschen Aktion verleiten lassen. Selbst prominente russische Wirtschaftsführer bezeichnen Rußlands Wirtschaft als Staatskapitalismus. Die Entwicklung der Wirtschaft sei unabhängig von den Grenzen. Wir sind aus taktischen Gründen anderer Meinung und da ist es Demagogie, Forderung und Taten in der Weise einander gegenüber zu stellen. Rußland fordert auch in Genf und an anderen Stellen; in Deutschland sei es falsch, aber in Rußland richtig!

Mit der Aufhebung der Verordnung vom 5. 9. will man uns ködern. Der Gereke-Plan enthält öffentliche Aufträge, wie die Arbeitsbeschaffung, Abschnitt 2, aus dem Wirtschaftsplan der Gewerkschaften. Der Einfluß der Arbeiter ist notwendig. Man habe einen Teil unserer Vorschläge übernommen, weil kein anderer Ausweg möglich ist. Warum zeigen die Kommunisten kein Verständnis für unsere Anstrengungen? Theoretische Auseinandersetzungen in entscheidenden

Zeiten haben die Arbeiterklasse gespalten. Die Kommunisten sollten keinen taktischen Fehler machen, um damit Schleicher einen Vorwand zum Einschreiten gegen die gesamte Arbeiterschaft zu liefern.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung, Bericht, gab Koll. [Richard] Wunderlich kurz einige Beschlüsse der Generalversammlung bekannt, u.a. die Satzungsänderung und verwies im übrigen auf den eingehenden Bericht im „Korresp[ondent] für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, wodurch ein weiterer Bericht hier überflüssig sei.

Es sind einige unliebsame Vorkommnisse zu berichten. Bei König hat der Koll. Albert Drebert 1.500 RM Verbandsgelder und 700 RM andere Gelder unterschlagen, Simonsen bei Elsner 700 RM unterschlagen. Der Gauvorstand nahm das zum Anlaß, um in einem Rundschreiben an die Vertrauensleute darauf hinzuweisen, daß keine doppelten Kassiererposten geschaffen würden, Revisoren bestellt werden, und vor allem auf regelmäßige Abführung der Beiträge geachtet würde, auch die Gegenzeichnung der Listen durch den Vertrauensmann ist notwendig. Die betreffenden Kollegen müssen die Beiträge nachzahlen.

Unsere Ortskrankenkasse ist seit dem 1. 10. mit der Buchbinder-Ortskrankenkasse zusammengeschlossen.²⁸ Mit dem 1. 2. gewährt die Kasse wieder einige Mehrleistungen, wie erhöhtes Hausgeld usw.

Am 22. 1. findet eine Reichsbetriebsräte-Konferenz statt, zu welcher Koll.[Otto] Vierath²⁹ delegiert wird. Bei den Sekretärswahlen erhielt Koll. [Georg]Kruse 3.477, [Fritz] Tilgner³⁰ 3.499, und [Erich] Wendland³¹ 3.460 Stimmen. Um die Stichwahl zu vermeiden, ist Koll. [Georg] Kruse freiwillig zurückgetreten. Der Gauvorstand aber ist der Meinung, durch den Verzicht des Koll.[Georg] Kruse ist eine völlige Neuwahl notwendig und beruft zum 10. 2. eine a.o. Generalversammlung ein, um neue Vorschläge für 2 Sekretäre zu bekommen.³²

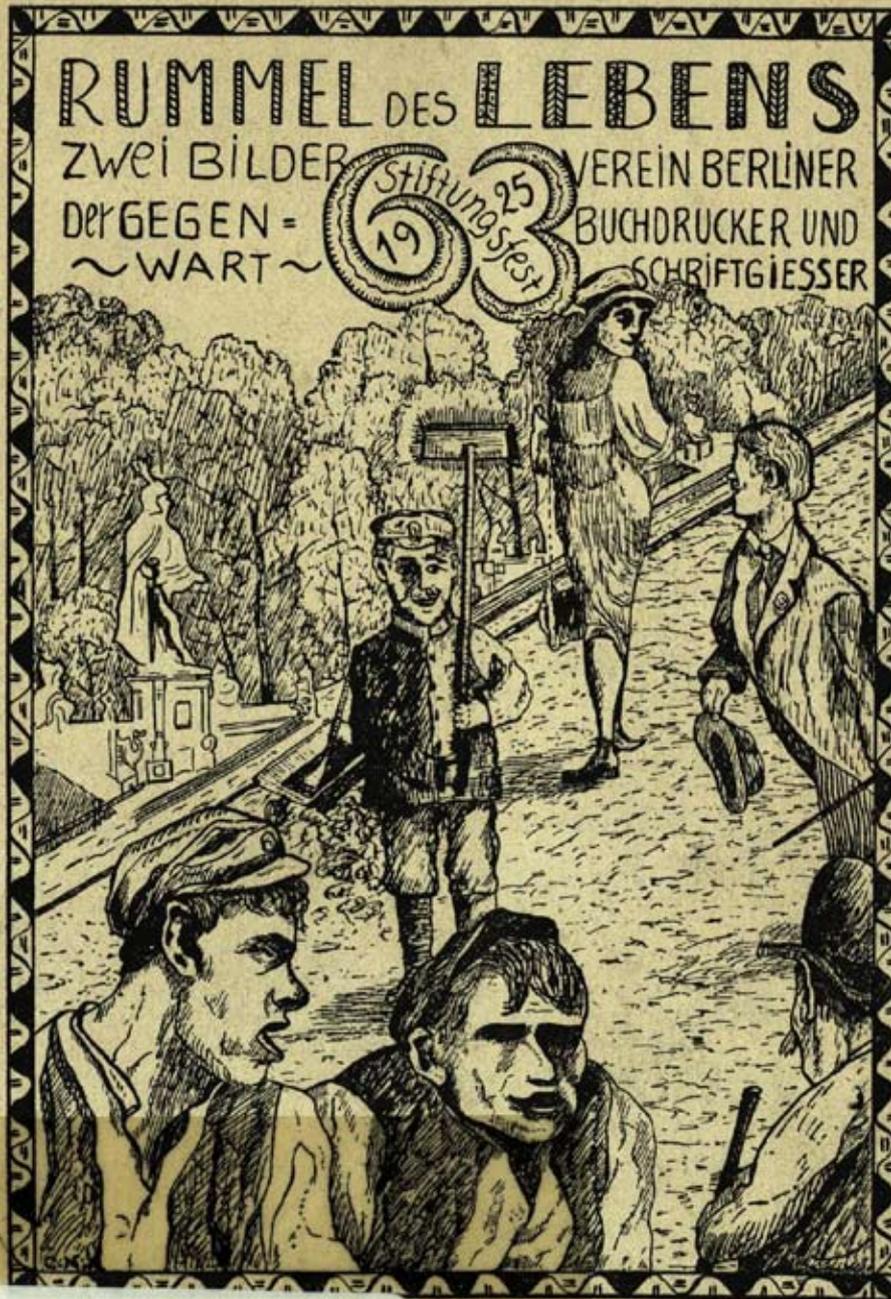
28 Ab dem 1. Oktober 1932 erfolgte die Vereinigung der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe mit der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin. Das Oberversicherungsamt Berlin hatte durch Entscheidung vom 24. Mai 1932 der Vereinigung der beiden Kassen gemäß den Beschlüssen der Vorstände beider Kassen entsprochen. S. Jahresbericht 1932, a.a.O., S. 26.

29 Otto Vierath, langjähriger Vorsitzender des 2. Bezirks, war Ende 1932 nach Rücktritt des langjährigen 2. Gauvorsitzenden Rudolf Albrecht zum 2. Vorsitzenden des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Verband der Deutschen Buchdrucker gewählt worden. Vierath war 1948 Gründungsvorsitzender des Graphischen Industrie-Verbandes Berlin in der Unabhängigen Gewerkschafts-Organisation in Reinickendorf. Zum Verlauf der Konferenz s. Betriebsrätekonferenz. In: Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (28. Januar 1933), Nr. 8. Rudolf Albrecht, geboren am 2. September 1867 in Biere, Kreis Calbe, hatte seit dem 1. April 1904 als einer der erfahrensten Funktionäre das Amt des 2. Vorsitzenden des Berliner Gauvereins inne. Rudolf Albrecht starb am 22. März 1952, in einem Ostberliner Stadtbezirk. S. Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 4. Folge 1927, S.141. Graphische Nachrichten. Mitteilungsblatt der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Gau Berlin, 4 (5. April 1952) Nr. 4.

30 Fritz Tilgner war Vorsitzender des 3. Bezirks.

31 Erich Wendland (1888-1950) war Vorstandsmitglied der Sparte "Verein der Berliner Drucker". Er war Verbandsmitglied seit 1907 und bis 1933 Vertrauensmann und Betriebsrat in verschiedenen großen Berliner Betrieben. 1909 Eintritt in die SPD. Beim Sturm auf das Berliner Gewerkschaftshaus wurde er 1933 von der SA schwer misshandelt. 1939 zur Arbeit in einem Salzbergwerk Bohndorf bei Helmstedt dienstverpflichtet, wo die Behandlung von Ausländern und Antifaschisten besonders schlecht war. Die erste Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Schöneberg wählte ihn am 20. Dezember 1945 zum 1. Bürgermeister. Erich Wendland starb am 7. November 1950 an TBC, als Folge seiner Zwangsarbeit. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sammlung Personalia (Erich Wendland).

32 Bei der Wahl im Februar 1933 wurden nach heftiger Diskussion Erich Wendland und der Kollege Leder gewählt. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (25. Februar 1933), Nr. 16.



A 97 - 10924

Jeweils im Dezember jeden Jahres feierte der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer sein Stiftungsfest. Neben dem Johannisfest im Juni gehörten beide Feste zum lokalen gewerkschaftlichen Festkalender, der durch Feste zum 1. Mai und dem Berliner Sommerfest aller Gewerkschaftsorganisationen ergänzt wurde. Die Stiftungsfeste wurden in der Regel durch illustrierte Festschriften - meist humoristischen Inhalts - begleitet. In der Schlussphase der Weimarer Republik verzichtete die Berliner Organisation aus ökonomischen Gründen auf eine aufwendige Gestaltung ihres Stiftungsfestes.

Auch muß der Spartenvorsitzende der Handsetzer bestätigt werden,³³ sowie die Neubestätigung des Vorsitzenden der Maschinen] S[etzer]-Sparte erfolgen. Koll. [Walter] Krusemark ist wieder vorgeschlagen, obwohl die letzte Generalversammlung die Bestätigung versagte wegen der Schreibweise der „Nachrichten“. Nach Erklärung der Masch[inen]-Setzer-Sparte sei die Schreibweise des „Brandenburger“ nicht gegen die Gewerkschaft gerichtet, auch sollen Protokolle in der Zukunft nicht mehr veröffentlicht werden.³⁴ Der Gauvorstand macht sein evtl. Eingreifen von der fernerer Schreibweise des „Brandenburger“ abhängig und erwartet einen sachlicheren Ton.³⁵

Koll.[Richard] Wunderlich macht dann noch auf die am 15.1. stattfindenden Konsumwahlen aufmerksam. Die Weihnachtssammlung für die erwerbslosen Kollegen hat rd. 36.000 RM erbracht. Koll. Gottfried Karnat, der stets abgelehnt hat, sich an derartigen Sammlungen zu beteiligen, ist z.Zt. auch erwerbslos, aber aus dem Angeführten von dieser Unterstützung ausgeschlossen. Aus der Mitteilung der Arbeitsnachweisziffern ergibt sich, daß 117 Arbeitslose mehr vorhanden sind, als beim letzten Bericht. Graveure werden vom Arbeitsamt in Zukunft nur noch bei den Metallarbeitern geführt, nicht mehr bei uns.

Bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen sind nur für die Listen der freien Gewerkschaften Stimmen abzugeben – Firma Fritsch hatte Schwierigkeiten in der Beitragskassierung gemacht, durch Eingreifen des Koll. [Robert] Braun³⁶ aber ist alles behoben. Bei der Firma Lutze u. Voigt, muß bei der Nachtschicht, wenn sie über 6 Uhr morgens hinausgeht, lt. Schiedsamtsurteil, die Zeit nach 6 Uhr mit höchstem Aufschlag, 45% entlohnt werden. Die Abrechnung der „Eis[ernen] Front“³⁷ ergibt bei rd. 537.400 RM Einn. rd. 535.500 RM Ausgaben und einen Bestand von 1.700 RM. Koll. [Richard]Wunderlich gibt nähere Erläuterungen über die einzelnen Positionen.

Am 22.1. veranstaltet die Lehrlingsabteilung eine Morgenfeier, bei welcher der Film „Niemandland“³⁸ vorgeführt wird. Rezitationen gibt Martha Johne. Unkostenbeitrag beträgt 10 Pf.

33 Durch die Wahl des langjährigen Vorsitzenden der „Vereinigung Berliner Handsetzer“ Adalbert Pietsch zum neuen Berliner Gauvorsitzenden war eine Neuwahl nötig.

34 Der im April 1903 gegründete „Brandenburgische Maschinensetzerverein“ war die Gründungszelle der Sparte der „Zentralkommission der Maschinensetzer Deutschlands“. Das Mitteilungsblatt des Vereins avancierte zum reichsweiten Spartenblatt. Das Verhältnis der Sparte zum Gesamtverband war stets gespannt. In den: Nachrichten. Hrsg.: Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein im Verband der Deutschen Buchdrucker, 6 (November 1932), Nr. 11 waren „kritische“ Protokollauszüge aus der Vereinsversammlung abgedruckt. Zur Entstehungsgeschichte der Sparte s. Leder, Willi: Werden und Wirken. Fünfundzwanzig Jahre Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein 1900-1925. Berlin, 1925.

35 Die Berliner Generalversammlung hatte die Bestätigung Krusemarks als Berliner Vorstandsmitglied mit 194 gegen 254 Stimmen verworfen, weil sein Spartenblatt zu nahe an Positionen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition lag. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (4. Januar 1933), Nr. 1. Erst die außerordentliche Generalversammlung am 4. Februar 1933 „heilte“ diesen Beschluss angesichts drohender Gefahren. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (25. Februar 1933), Nr. 16.

36 Robert Braun, geb. am 29. September 1866 in Magdeburg war seit 1923 hauptamtlich im Buchdruckerverband angestellt und leitete als Vorsitzender bis 1932 den Berliner Gauverein.

37 Die „Eiserne Front“ war ein antifaschistischer Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund), der SPD und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB). Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beteiligten sich intensiv an den Aufmärschen der „Eisernen Front“.

38 In dem deutschen Antikriegsfilm „Niemandland“ von 1932, der das Zusammentreffen von fünf Soldaten



NACHRICHTEN

BRANDENBURGISCHER MASCHINENSETZER-VEREIN
IM VERBANDE DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER

VORSITZENDER: DANIEL ENGELMEIER
BERLIN-NEUKÖLLN, EMSER STRASSE 40

BÜRO: BERLIN SW 68
ZIMMERSTRASSE 75 I

KASSIERER: BRUNO HAMPFEL, BERLIN-
BRITZ, FRITZ-REUTER-ALLEE 90

POSTSCHECKKONTO: BERLIN NW 7, Nr. 67610 (BRUNO HAMPFEL, BERLIN-BRITZ, FRITZ-REUTER-ALLEE 90)

SPRECHSTUNDEN JEDEN MONTAG UND FREITAG VON 4 BIS 6 UHR NACHMITTAGS ZIMMERSTRASSE 75

Nr. 11 / 1932

NOVEMBER

6. JAHRGANG

Politische Situation und Gewerkschaften!

In keinem Lande der Welt dürfte das „Mitbestimmungsrecht“ eines Volkes so häufig dokumentiert worden sein, wie in Deutschland. Zu diesem Ergebnis könnte man kommen, wenn man die Anzahl der Wahlen als Gradmesser der demokratischen Rechte des deutschen Volkes nehmen würde. Doch die Tatsache, daß man sich nach der Auflösung in Regierungskreisen mit dem Gedanken trug, auf unbestimmte Zeit ohne Reichstag regieren zu wollen, kennzeichnet die Situation. Wenn trotzdem am 6. November die Wahlen zum Reichstag stattfanden, so aus dem Grunde, um den demokratischen Gefühlen gewisser Volksschichten ein Beruhigungspflaster aufzulegen. Bei dem oberflächlichen Beobachter kann — und das wird beabsichtigt — der Eindruck entstehen, es ist alles in bester Ordnung. Aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Weimarer Verfassung nach dem 6. November noch mehr an Bedeutung verliert, wenn sie nicht ganz von der Bildfläche verschwindet.

Auch über Koalitionsmöglichkeiten wird augenblicklich sehr viel geschrieben. Dies um so mehr, da die Gerüchte von einer Regierungskrise immer wieder auftauchen, trotzdem die Regierung — und vor allen Dingen Herr Schleicher — dementiert. Doch wer nach den Wahlen „regiert“, wird weniger von dem Ausgang derselben abhängig sein. Die Entscheidung darüber werden die Industriekönige und Großagrarien treffen. Wenn sich keine Mehrheit für die Regierung ergeben sollte, werden wahrscheinlich die Regierungsgeschäfte ohne eine solche geführt.

Herr Papen schaut jedenfalls sehr hoffnungsfroh in die Zukunft. Obwohl seine Ankurbelung der Wirtschaft eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer nicht verhindern konnte, ist er von der Zweckmäßigkeit seiner Maßnahmen überzeugt. Scheinbar führt er das schlechte Funktionieren der Ankurbelung auf die Wahlstimmung zurück. Denn der Herr Reichskanzler macht Zukunftsmusik; da er glaubt, daß nach den Wahlen die Haltung der Gewerkschaften zur Notverordnung vom 5. September d. J. eine andere sein wird. Auf einer kürzlich stattgefundenen Handwerker-tagung erklärte nämlich der Reichskanzler in bezug auf den Regierungsplan u. a. folgendes:

„Ich begrüße es deshalb, wenn auf der kürzlich hier in Berlin stattgefundenen öffentlichen Tagung des ADGB. und des Afa-Bundes Herr

Abgeordneter Tarnow die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärte, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Ich hoffe, daß damit nicht nur ein passives Abwarten und Beiseitestehen ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit in Aussicht gestellt wird.“

Herr Papen hofft also, daß die Gewerkschaften ihm bei der Durchführung des ersten Teiles der Notverordnung behilflich sein werden. Erstrecken sich die Hoffnungen des Reichskanzlers auf die bloße Tolerierung seines Regierungsplanes, oder denkt man gar an eine Regierungskoalition unter Einbeziehung von Gewerkschaftsvertretern? Das läßt sich an Hand der zitierten Ausführungen nicht klar erkennen. Da aber auf Papen auch schwerindustrielle Kreise einwirken, ist zumindest anzunehmen, daß der Teil der Großindustrie künftig in Erscheinung tritt, der auf dem Standpunkt steht, daß man ohne die Arbeiterschaft nicht regieren kann. Die Herren Unternehmer machen sich also Hoffnungen, die dadurch bestärkt worden sind, daß Kollege Tarnow „dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes eine Chance gibt.“ Ob Kollege Tarnow seinen Ausführungen den Sinn geben wollte, wie sie ausgelegt werden, mag dahingestellt sein. Er beurteilt jedenfalls die Kraft der Gewerkschaften zur Abwehr dieser reaktionären Pläne sehr pessimistisch. Von einem Spitzenfunktionär der Gewerkschaftsbewegung verlangt die Mitgliedschaft eine andere Einstellung. Wir sind der Auffassung, daß durchaus keine Veranlassung vorliegt, der Gewerkschaftsbewegung ein Armutzeugnis auszustellen. Auch in Krisenzeiten können und müssen die Gewerkschaften kämpfen. Jedoch Kollege Tarnow ist seinen Grundsätzen treu geblieben. Herr Papen hat scheinbar seine Schlüsse aus der bekannten Einstellung des Kollegen Tarnow gezogen, wonach die Arbeiterbewegung sich als Arzt des todkranken Kapitalismus betätigen muß. Es ist aber auch möglich, daß der Ausspruch des früheren preußischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun anläßlich des Preußenkonflikts „Wir sind zur reibungslosen Mitarbeit mit den gegenwärtigen Machthabern bereit“, den Reichskanzler veranlaßt hat, zu einer solchen Beurteilung des Kollegen Tarnow zu gelangen. —

Die Nr. 12 (1932) der „Nachrichten“, die vom Brandenburgischen Maschinensetzer-Verein im Verbande der Deutschen Buchdrucker herausgegeben wurde, stand u. a. im Mittelpunkt der Diskussion der Bezirksversammlung am 9. Januar 1933. Die regionale Maschinensetzersparte verfügte tarifpolitisch über eine lange „oppositionelle Tradition“, die bis ins Kaiserreich hineinreichte. Die Spartenleitung unterstützte 1932 mehrheitlich kommunistische Positionen. Quelle: Nachlass Karl Richter, Karl-Richter-Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker e. V.

Koll.[Willy] Krahl³⁹ scheidet wegen Erreichung der Altersgrenze aus der Korrespondenz-Redaktion aus. Der Verwalter Otto Fiedler wird gleichzeitig den 3. Redakteursposten übernehmen, so daß er auch redaktionell mitarbeitet. Krahl, als langjähriger Funktionär, möchte an den B[erliner] Generalversammlungen teilnehmen, was ihm auf einstimmigen Beschluß des Gauvorstandes auch zugebilligt wurde.

In Düsseldorf haben einige Kollegen die Arbeiten und Beschlüsse des Verbandes ständig sabotiert und Stimmung gegen die Gewerkschaften gemacht. Es sind darauf 7 Koll. ausgeschlossen worden. Gau Berlin hat einstimmig dazu schon seine Zustimmung erteilt. Koll. [Richard] Wunderlich gibt dann noch bekannt, daß die inzwischen vorgenommene Sammlung für den anwesenden Durchreisenden Georg Schön aus Schlesien 3,75 RM erbracht habe, welche Summe ihm ausgehändigt wurde. In der Diskussion erwähnte Koll.[Georg] Woyte u.a., doch den Korrespondenten für die Erwerbslosen auf dem Gaubüro zur Einsicht auszulegen. Koll. [Richard] Wunderlich wird diese Anregung weitergeben und macht nochmals darauf aufmerksam, daß am 10.2. die a.o. Generalversammlung stattfindet, am 15.1. Versammlung der Handsetzersparte und am 6.2. unsere nächste Bezirksversammlung.

Schluß der Versammlung 10.20 Uhr.

Karl Köppen

unterschiedlicher Nationalitäten an der Westfront während des 1. Weltkrieges dokumentiert, spielte u.a. Ernst Busch mit. Die Filmmusik stammte von Hanns Eisler.

39 Willy Krahl [oft auch Willi] wurde am 17. September 1867 in Magdeburg geboren. Seit 1895 Schriftführer im Magdeburger Ortsverein des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. 1897 Wahl zum Vorsitzenden der Magdeburger Organisation. Seit 1903 Redakteur am "Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer". Als "Leiter der geistigen Waffenschmiede" des Verbandes genoss er hohe Akzeptanz im Verband. 1907 gab Krahl erstmals sein "Deutsches Buchdrucker-Liederbuch" heraus. Er war literarisch sehr produktiv und veröffentlichte zahlreiche Gelegenheitsdichtungen. Besonders bekannt wurde er als Verbandshistoriker. 1916 veröffentlichte er den ersten Band der Gewerkschaftsgeschichte der Buchdrucker. Seit den frühen 1920er Jahren von der eigentlichen Verbandsarbeit freigestellt, sammelte er zentrale Quellen und verarbeitete sie in mehreren historischen Darstellungen. 1933 erschien sein 2. Band "Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Geschichte der ältesten deutschen Gewerkschaft", der die Zeit bis 1916 spiegelte. Krahl verließ im Februar 1933 mit einem Appell gegen die "reaktionäre nationale Scheingemeinschaft" die Redaktionsarbeit. Krahl starb am 29. Oktober 1941. Seine Frau beging zwei Jahre später tief depressiv Selbstmord.

Tagesordnung der Bezirksversammlungen in der Woche vom 5. bis 11.2.33

1. Bericht

Protokoll der zweiten ordentlichen Bezirksversammlung des ersten Bezirks am Montag, dem 6.2.33, abends 7 Uhr, in den Arminiussälen, Bremer Straße 72(/73).

Um 7.30 Uhr eröffnet Koll. [Richard] Wunderlich die Bezirksversammlung. Er berichtet zunächst von dem Stand der Tarifverhandlungen. Im ganzen liegen 1100 Abänderungsanträge vor (von beiden Seiten). Unternehmer wollen u.a. die Ortszuschläge abbauen, für Rheinland und Ostpreußen sogar sämtliche Ortszuschläge abbauen, wobei darauf hingewiesen wird, daß das Rheinland während der Besetzung besondere Zuschläge hatte.

Über die Handsetzer-Sonderbestimmungen, Anlage A, ist eine Vereinbarung in der Verhandlungskommission erzielt. Stereotypeurträge sind gegenseitig zurückgezogen worden. Über den größeren Teil der Anträge konnte keine Einigung erreicht werden. Die Schlichter (Prof. Brahn)⁴⁰ wollen in verschiedene Betriebe gehen, um sich durch Augenschein von der Art der Tätigkeit usw. zu überzeugen. Der Manteltarif ist beiderseits gekündigt. Es sollen nur für die wichtigsten Punkte Abänderungsanträge gestellt werden, auch von den Prinzipalen.

Wir wollen beantragen die Verkürzung der Arbeitszeit, Berufsferien, Überstunden nur nach Zustimmung der Betriebsvertretung. Die Unternehmer wollen Ferienabbau, zwar volle Bezahlung, jedoch höchstens 6 Tage. Für Leipzig wollen die Unternehmer z.B. auch den Ortszuschlag aufheben, übrigens gegen die Berliner Unternehmer.

Der Manteltarif der Reichsdruckerei ist gekündigt, er läuft am 30. April ab. Auch hier soll Ferienabbau und Abbau der übertariflichen Löhne versucht werden. Am 10.2. außerordentliche Generalversammlung, wie in den „Mitteilungen“⁴¹ angekündigt, es ist die Wahl von 2 Sekretären vorzunehmen u. die Bestätigung der Bezirksleitungen des 2. und 5. Bezirks. Koll. Graßmann⁴² wird einen Vortrag über die gegenwärtige Situation halten.- Der Verbandstag ist zum 10. September [1933] nach Berlin einberufen und soll neue Richtlinien geben. Schiedsamtbeisitzer sind die Koll. [Hermann] Scheffler⁴³, Schieker, Handsetzer; Kretschmer, Maschinensetzer; [Erich] Wendland, Schneider, Drucker; [Richard] Reetz⁴⁴, Stereotypeur.

40 Es handelt sich um Max Brahn (1873-1944). Brahn studierte Medizin und Psychologie und trat während der Weimarer Republik in das Reichsarbeitsministerium ein, in dessen „Ausschuß zur wissenschaftlichen Erforschung der Arbeit“ er tätig war. Als erfolgreicher Schlichter sollte er im Kabinett Kurt von Schleicher ursprünglich Arbeitsminister werden, was am nationalistischen Widerstand gegen einen jüdischen Minister scheiterte. Brahn wurde im Oktober 1944 im KZ Auschwitz-Birkenau umgebracht. (http://de.wikipedia.org/wiki/Max_Brahn)

41 Es handelt sich um die „Mitteilungen des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Gau Berlin“ In deutschen Bibliotheken haben sich nur für das Jahr 1925 Einzelnummern erhalten. Die größte Überlieferung befindet sich im Nachlass von Karl Richter im Karl-Richter-Verein in Berlin.

42 Peter Graßmann (1873-1939) war seit 1894 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Solingen. Von 1903 bis 1908 Gauvorsteher des Verbandes der Deutschen Buchdrucker für Rheinland und Westfalen, von 1908 bis 1919 2. Vorsitzender des Buchdruckerverbandes und von 1919 bis 1933 stellvertretender Vorsitzender des ADGB. (http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Graßmann)

43 Hermann Scheffler war Kassierer im Gauvorstand.

44 Richard Reetz war 1. Schriftführer im „Verein der Berliner Stereotypeure und Galvanoplastiker“.

Der M[aschinen] S[etzer] Benno Ploetz, 54 Jahre alt, hat fast seit Oktober 31stündig zwei Stellungen zugleich u. hat sich beinahe alle 4 Wochen o.B. gemeldet. Als Entschuldigung gibt er an, daß er ja auch zweimal Beitrag gezahlt habe. Der Gauvorstand hat einstimmig den Ausschluß beschlossen.- Anna Witt, Niederschönhausen, Kleinstbetrieb, fragte an, ob es zulässig sei, einem 20jährigen Gehilfen bei 4 Tagen Arbeit 27 RM Lohn wöchentlich zu zahlen. Es stellt sich aber jetzt heraus, daß für 27 RM 6 Tage gearbeitet werden mußte.

Bei der Firma Müller & Sohn (Völkischer Beobachter) , Zimmerstr., sollte Betriebsratswahl stattfinden. Auf Einspruch der Hilfsarbeiter mußten zwei Listen aufgestellt werden, freigewerkschaftliche und Naziliste

In der Schadenersatzklage der D[eutschen]Tageszeitung] gegen ihre Maschinensetzer ist jetzt die Berufung der M[aschinen] S[etzer] endgültig abgewiesen. Die Forderung beträgt 6100 RM.- Die Ortskrankenkasse teilt in einem Rundschreiben mit, daß während der Krankheit auch noch Alu-Beiträge zu leisten sind auf Grund eines Beschlusses des R[eichs] V[ersicherungs]A[mtes]. Die Sperre über die City-Druckerei⁴⁵ wird aufgehoben, wenn die Zusicherung gegeben würde, daß die tarifliche Arbeitszeit innegehalten werden würde. Es schweben noch Verhandlungen. Die von der Germania-Druckerei entlassenen Kollegen sind mit ihrer Berufung abgewiesen, weil der Betrieb als Tendenzbetrieb angesehen wird.

Arbeitsnachweis:

In der Woche vom 28.01. bis 3.2.33 waren arbeitslos gemeldet		Vermittelt wurden durch den Nachweis im Januar
Handsetzer	3.060	53
Masch.-S.	450	56
Drucker	1.870	91
Schneider	161	7
Stereotypeure	292	10
Korrektoren	164	9
	5.997	226
Vermittelt durch Nachw. ohne	84 39	

Kollege [Richard] Wunderlich verweist noch auf die verhältnismäßig hohe Zahl der ohne Nachweis in Arbeit Gekommenen, meint aber, daß gegen „Selbstanfragen“ nichts unternommen werden könnte. Aus dem Konkurse Barschalls haben jetzt 13 Kollegen und 3 Lehrlinge nur 13,5% ihrer ausstehenden Lohnforderung erhalten, mehr war nicht vorhanden. Die Klage-usw. Kosten haben dem Gau 140.- RM verursacht. In Zukunft soll in fast aussichtslosen Fällen keine Klage mehr eingereicht werden.

Vor dem früheren Koll. Köhl, der in der Reichsdruckerei gearbeitet hat, früher KPD-Mitglied war, wird gewarnt, er wird steckbrieflich verfolgt. Die Unternehmer wollen für Lehrlingsstrei-

45 Die City-Druckerei war die zentrale KPD-Druckerei in Berlin.

tigkeiten ein Schiedsgericht, sodaß für DBV-Betriebe⁴⁶ in solchen Streitigkeiten das Arbeitsgericht ausgeschaltet würde. Die Berliner Freie Buchdruckerinnung ist durch den Polizeipräsidenten genehmigt. Obermeister ist Fritz Fiedler. Dieser Innung sind auch die Prüfungsrechte verliehen. Beide Tarifparteien aber sind gegen die Genehmigung dieser Innung und es ist auch bereits Beschwerde dagegen eingelegt worden.⁴⁷

Am 14.2. findet die Generalversammlung der Lehrlingsabteilung statt, in welcher der Lehrlingsausschuß neugewählt wird. Der Gau hat wie alljährlich 50.- RM für die besten Prüfungsarbeiten ausgesetzt. Unsere nächste Bezirksversammlung am 13.3. findet im neuen Lokal, Markthallenrestaurant, statt.

In der Diskussion spricht Koll. Broske darüber, daß das namentliche Anfordern auf dem Nachweis überhand nimmt; auch gibt es jetzt nicht mehr ein „Hintenansetzen“ bei Vermittlung ohne Nachweis. Ab 1. März sollen die Nachweisräume verkleinert werden, Den Nachweis sollen jetzt nur noch diejenigen Arbeitslosen betreten dürfen, welche z.Zt. zur Vermittlung an der Reihe sind. Was wird mit den Vertrauensleuten ohne den V-Stempel?

Kollege Broske bittet um Einsetzen für diese Arbeitslosen-Vertrauensleute und ihnen das Betreten des Nachweises zu ermöglichen. Koll.[Georg] Nowakowski meint, der staatliche Arbeitsnachweis sei nichts für qualifizierte Arbeiter wie es ja die Buchdrucker sind; der paritätische Nachweis wie früher sei das Gegebene. Der Gauvorstand sollte alles versuchen, um den paritätischen Nachweis für unser Gewerbe wieder herzustellen. Nach [Georg] Nowakowskis Meinung sei dies auch auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen möglich. N[owakowski] bemängelt dann noch die Arbeitsnachweis-Statistik, welche er für unzuverlässig hält. Koll. Hohmann bezweifelt die gesetzliche Möglichkeit der von Nowakowski geforderten Wiedereinführung des paritätischen Arbeitsnachweises. Er verweist auf den verhältnismäßig neuen Nachweis für Bühnengehörige.

Koll. [Georg] Woyte sagt, daß die City-Druckerei es nicht wünsche, daß den dort Beschäftigten verboten würde, auf eigenen Wunsch unbezahlte Überstunden zu leisten. Er erinnert dann noch einmal an die Auslegung des Korrespondenten. Koll. [Richard] Wunderlich geht in seinem Schlußwort auf die Äußerungen der Diskussionsredner ein und meint, es sei kein Zwang möglich, um ohne Nachweis Vermittelte am Anfangen zu verhindern. Für die Vertrauensleute der Arbeitslosen wird sich der Gauvorstand unbedingt einsetzen.- Die z. Zt. geltenden gesetzl[ichen] Bestimmungen verhindern die Wiedereinführung des paritätischen Arbeitsnachweises.

Koll. [Richard] Wunderlich weist die von Koll. [Georg] Nowakowski gegen den Gauvorstand erhobenen Vorwürfe wegen angeblicher Unkenntnis der Gesetze entschieden zurück. Die tarifliche Arbeitszeit muß auch in der City-Druckerei unbedingt eingehalten werden.⁴⁸ Eine Ausle-

46 DBV steht für Deutscher Buchdruckerverein, der ersten 1869 gegründeten Arbeitgeberorganisation.

47 Im Gegensatz zu der Handwerkskammer und der Innung teilte das Ministerium für Handel und Wirtschaft den Standpunkt der beschwerdeführenden Organisationen und empfahl eine Einigung nach der Richtung dergestalt, Gehilfenprüfungen von Lehrlingen aus Innungsbetrieben Vertreter der Innung hinzuzuziehen. S. Jahresbericht 1932, a.a.O., S. 18.

48 Der Konflikt in der KPD-Druckerei schwelte seit 1931. S. Jahresbericht. 1931. Hrsg.: Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Verband der Deutschen Buchdrucker. Berlin, 1932, S. 32: „Gleich zu Beginn des Jahres kam es zu dem bekannten Konflikt in der City-Druckerei, infolgedessen 30 Kollegen arbeitslos wurden. Daß in diesem RGO-Laden die Arbeitszeit verlängert und der Lohn „freiwillig“ reduziert wurde, ist inzwischen allseits bekannt geworden. Die Firma ist auch weiterhin für Verbandsmitglieder gesperrt.“

gung des Korrespondenten erfolgt nicht, da ja auch Arbeitslose sich ihn in die Wohnung senden lassen können, wofür nur 12 Pf. Bestellgeld monatlich zu entrichten sind.

Kollege [Richard] Wunderlich macht dann noch einige Mitteilungen. In der Allgemeinen Fleischerzeitung sollten die Maschinensetzer eine besondere Arbeit außerhalb der Geschäftszeit für eine bestimmte Summe, 300,- RM, herstellen, welches Ansinnen abgelehnt wurde. Scherl will den während des Hilfsarbeiterstreiks als Vorschuß gezahlten Lohn jetzt vom Personal zurückhaben. Es sei notwendig, die Abführung der Verbandsbeiträge zu überweisen. Bei den vorgekommenen Unterschlagungen ist das Ersuchen an Verband und Gau gerichtet worden, einen Teil der unterschlagenen Beiträge zu übernehmen. Das ist aber in allen Fällen abgelehnt worden und wird auch in Zukunft abgelehnt werden. Schluß der Versammlung 9.20 Uhr.

Karl Köppen

Tagesordnung der Bezirksversammlungen in der Woche vom 12. bis 18.3.33

1. Bericht
2. Vortrag

Protokoll der dritten ordentlichen Bezirksversammlung des ersten Bezirks am Montag, dem 14.3.33, abends 7 Uhr, im Markthallen-Restaurant, Arminiusplatz.

7.30 Uhr eröffnet Kollege [Richard] Wunderlich die Versammlung und macht darauf aufmerksam, daß nur rein gewerkschaftliche Debatten zugelassen werden. Er machte dann Mitteilung über die erfolgte Hausdurchsuchung des Gewerkschaftshauses durch Organe der NSDAP. Aus unserem Verbandsbureau ist eine Fahne in den Buchdruckerfarben verschwunden, Bilder und eine Statuette sind zerschlagen. Vom Kassenraum sind ca. 350,- RM entnommen worden, auch ist Geld von den einzelnen Arbeitsplätzen verschwunden. Schaden ist durch Versicherung gedeckt. In der Bibliothek ist noch kein Verlust festgestellt worden, jedoch sind hier Tintenfässer verspritzt worden.



Haus der Deutschen Buchdrucker in Berlin um 1930. Das Gewerkschaftshaus wurde 1924 bis 1926 errichtet. Die Mittel für den Bau brachten die Mitglieder durch Beitragserhöhungen und „Extrasteuern“ auf. Von Max Taut (1884-1967) konzipiert, reihte sich der Bau in die zukunftsweisenden Gewerkschaftshäuser der Weimarer Republik ein. 1933 von den Nationalsozialisten besetzt, wurde die Einrichtung des Hauses völlig zerstört. Quelle: Gearbeitet, gewerkschaftet, gewohnt : 75 Jahre Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker von Max Taut / Industriegewerkschaft Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst. - Berlin, 2000, S. 66.

Auch die Bundesschule des ADGB zu Bernau wurde durchsucht, ebenso wie das Vorwärts-Gebäude in Berlin. Nirgendwo aber ist etwas Belastendes gefunden worden, auch keine Waffen. Der Geschäftsbetrieb in unserem Verband und Berliner Gau geht weiter, die Unterstützungen werden weiter gezahlt, selbstverständlich ist es auch notwendig, daß die Beiträge weitergezahlt werden. Auch gegen die Arbeiterbank bestehen keine Bedenken. Arbeitsnachweis ist fast unvermindert.

Stand der Arbeitslosen am 28 .2. 33:

Setzer	2.981
Drucker	1.772
M.-S. (Maschinen-Setzer)	441
Sdr. (Schneider)	161
Stet. (Stereotypeure)	227
Korr. (Korrektoren)	151
Gießer	62
	5.795, davon erhalten 2.214 WU

Den in der A[rbeitslosen]fü[rSORge] tätigen Kollegen kann auf Antrag eine einmalige Notlagenunterstützung von 10.- RM gewährt werden. Alle anderen weitergehenden Anträge hierzu können aus Mangel an Mitteln nicht durchgeführt werden.

Der Arbeitsnachweis ist jetzt nach der Seydelstraße 12 verlegt worden. Da die Arbeitslosenzahl nur noch alle Vierteljahre veröffentlicht wird, wird der Gau monatlich eigene Erhebungen machen. Der Schiedsspruch für Schriftgießer ist bis zum 28. 2. verlängert. J.S.Preuß wird wahrscheinlich gänzlich stillgelegt, bis jetzt sind ca. 70 Personen entlassen.

Das 12 Uhr Blatt hat die übertariflichen Löhne um 25-30 % abgebaut. Boll wird vielleicht gänzlich stillgelegt. Infolge der Zeitungsverbote sind Personaleinschränkungen erfolgt bei Janiszewski, Maurer & Dimmick, Saba, Mosse, Gehring & Reimers. Im Vorwärts arbeitet die Restbelegschaft verkürzt. Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen sind ohne Anmeldung gestattet, können aber überwacht werden.

So ist z.B. die M[aschinen]-S[etzer]-Versammlung schon überwacht worden. M[aschinen]-S[etzer] Benno Plötz hat Beschwerde gegen seinen Ausschluß eingelegt, ist aber abgelehnt worden. Er hatte in mehreren Druckereien zugleich gearbeitet und außerdem noch Unterstützung bezogen. Kollege W[underlich] macht zwischendurch darauf aufmerksam, daß Koll. [Richard] Barth⁴⁹ erschienen ist, um seinen Vortrag zu halten. Unsere nächste Versammlung findet wieder in den Arminiushallen statt.

49 Richard Barth (1882-1956). Seit 1901 Mitglied im Verband der Deutschen Buchdrucker und seit 1903 SPD-Mitglied. Bis 1929 Redakteur bzw. Betriebsleiter beim sozialdemokratischen „Vorwärts“. Von 1920 bis 1926 Beisitzer im Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes. Von 1927 bis 1929 Mitglied des Gauvorstandes des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. 1929 zum 2. Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker gewählt. Während der Nazizeit mehrfach inhaftiert und ins Konzentrationslager verbracht. Nach dem Krieg Anhänger der Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Seit 1948 Vorsitzender der IG Graphisches

Der „Korrespondent“ wurde bis 25.3. verboten wegen Nr. 17, weil sie ein Ebert-Feuilleton und einen Artikel „Der Feind steht rechts“ brachte.⁵⁰ In der Aussprache spricht Koll. Pelbel darüber, daß sich die Zeitungsverbote katastrophel ausgewirkt hätten auf unseren Arbeitsmarkt und fragt, was der Verband dagegen unternommen habe. Ein anderer Kollege kritisiert die Afü-Regelung⁵¹. In seinem Schlußwort geht Koll. W[underlich] noch kurz darauf ein und weist nochmals darauf hin, daß die freien Gewerkschaften politisch und religiös neutral sind. Koll. [Heinrich] Handro verzieht nach Eichwalde, ist daher nicht mehr Delegierter unseres Bezirks. An seine Stelle tritt auf Versammlungsbeschluß Koll. [Karl]Peisker.

Zum 2. Tagesordnungspunkt erteilt nunmehr Koll. Wunderlich dem Koll. Barth, unserem 2. Verbandsvorsitzenden das Wort zu seinem Vortrag „Aus dem Organisationsleben“. Einleitend bemerkt Koll. Barth, daß er heute zum ersten Male im 1. Bezirk sei und gleich Hemmungen habe wegen der veränderten Verhältnisse mit Rücksicht auf die Erhaltung der Organisation.

Er macht dann Mitteilung von den erfolgten Aktionen gegen die Gewerkschaften seit dem 30. Januar und insbesondere seit dem 28. Februar d.J. So sind die Nürnberger Büros vernichtet. Parteihaus in Kaiserslautern brennt. Bochumer Druckerei des Bergarbeiter-Verbands vor [Fritz] Husemanns Augen zerstört⁵². Polizeioffiziere seien angeblich machtlos. In Leipzig ist das Volkshaus besetzt. In Königsberg ist das Otto-Braun-Haus und das Gewerkschaftshaus besetzt. Wegen des Flaggens unseres Verbandshauses hat es auch wiederholte Zusammenstöße und Belästigungen gegeben. Zuletzt erfolgte Sonnabend, nachts 3 Uhr, eine offizielle Durchsuchung durch die Schutzpolizei nach illegalen Druckschriften und Waffen. Die Haussuchung aber war ergebnislos.⁵³

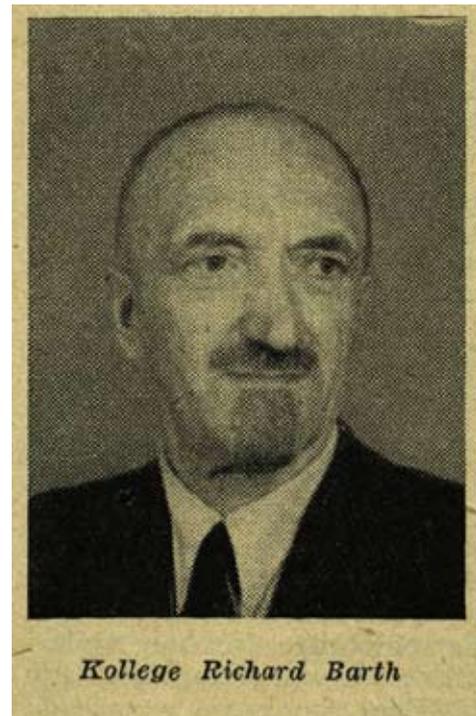
Gewerbe und Papierverarbeitung Groß-Berlin. S. Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch. Hrsg.: Siegfried Mielke in Verbindung mit Günter Morsch Bd. 2, Berlin, 2003, S.25 ff.

- 50 Der Artikel „Friedrich Ebert. Gedanken zu seinem Todestag am 28. Februar 1925“ stammte aus der Feder von Gustav Zelle aus Schleswig. U.a. schrieb Zelle: „Wir kennen heute zum Teil unsere Fehler von 1918. Das ist gut so. Wir wissen, daß der 30. Januar 1933 einen zweiten 9. November in sich birgt. Wir wollen für die Zukunft daraus lernen, immer eingedenk der Worte: Wer die Macht hat, hat auch das Recht! Und unser Streben muß der Erringung der Macht gelten.“ S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (1. März 1933), Nr. 17. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer wurde mit seiner Nr. 21 vom 15. März an - auf der Basis der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933 - verboten.
- 51 Ende 1932 kam es auf der Ministerialebene zu Verhandlungen mit dem Ziel, die Arbeitslosenfürsorge (Afü) neu zu gestalten. U.a. lagen Pläne auf dem Tisch, die bisherigen Unterstützungsformen (Empfang von versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung, von Krisenunterstützung und sog. „anerkannter“ Wohlfahrts-erwerbslosenunterstützung) zusammen zu legen und unter einem Dach zu verwalten. S. die Online-Version der Edition „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ des Bundesarchivs (http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/00a/vsc/vsc1p/kap1_2/kap2_61/para3_1.html). Am 26. Januar 1933 wurde die ADGB-Spitze in die Verhandlungen einbezogen. Die Aktennotiz des stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB Wilhelm Egger über eine Unterredung mit dem Reichskanzler Kurt von Schleicher ist abgedruckt in Dieter Emig, Rüdiger Zimmermann: „Das Ende einer Legende: Gewerkschaften, Papen und Schleicher. Gefälschte und echte Protokolle.“ In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK), 12 (1976) 1, S. 41–43.
- 52 Zu Fritz Husemann und die Zerstörung des Bochumer Gewerkschaftshauses s. Goch, Stefan: Widerstand und Verfolgung. In: Sozialdemokratie im Wandel. Bernd Faulenbach (Hg.). 4., erw. Neuaufl. Essen, 2001, S. 125-159. Wichert, Udo: Fritz Husemann „Dienst für die Arbeiterbewegung und die sozialistische Sache“. In: Eine Partei in ihrer Region. Essen 1988, S. 170-175. Pawlak, Michaela: Friedrich Husemann im Kampf um die Verteidigung der gewerkschaftlichen Organisation von 1929 bis zu seinem Tode 1935. Dortmund, Examensarbeit, 1977 [Vorhanden in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung]
- 53 Zum Thema der Zerstörung der Gewerkschaftshäuser s. Brunner, Detlev: 2. Mai 1933 - der Sturm auf die Ge-

Richard Barth (1882 - 1956)

Letzter Redner auf der Versammlung des Bezirks 1 vor dem Gewerkschaftsverbot. 1904 Eintritt in den Verband der Deutschen Buchdrucker. 1929 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Druckergewerkschaft gewählt. Er zählte zu den beliebtesten Rednern auf den verschiedenen Bezirksversammlungen der Berliner Organisation. 1946 bis 1952 Berliner Vorsitzender der Druckergewerkschaft im FDGB.

Quelle: Korrespondent für die Funktionäre der Industriegewerkschaft Druck und Papier im FDGB, 4 (September 1950), Nr. 9.



Wegen der Presseverbote hat der Verband schon 1931 Eingaben an die zuständigen Ministerien gemacht, in welchen gesagt wurde, daß die Verbote hauptsächlich den Arbeiter treffen, daher sollte dem Arbeiter der Lohn weitergezahlt werden, mindestens aber sollte die A[rbeits]l[osen] u[nterstützung] ohne Karenz zahlen. Auch sollten Verbote nicht über 5 Tage gehen. Jetzt sind auch Verhandlungen wegen der generellen Verbote versucht worden. R[eichs]A[arbeits]M[inisterium] hat uns nicht beachtet.⁵⁴

10.000 sind bisher durch die Presseverbote erwerbslos geworden. Die Verhältnisse des letzten Jahres zwangen zu Beitrags- und Unterstützungsänderungen. Schmerzenskind ist vor allem die Invalidenunterstützung, der Stolz unseres Verbandes. Inflationsbeiträge sind verschwunden, denn bei Einführung der Rentenmark hatten wir 2.000 Goldmark Vermögen. Auch besteht heute vorzeitige Invalidität. 1929 kam 1 Inv[alide]⁵⁵ auf 30 Mitg[lieder], 1930 kam 1 Invalide auf 24 Mitglieder, 1931 kam 1 Invalide auf 19 Mitglieder, 1932 kam 1 Invalide auf 2 Mitglieder.

Von den 19 Mitgliedern aber waren 8 arbeitslos. Obwohl 1932 die Notstandsunterstützung beschränkt wurde, die Sätze herabgesetzt wurden, entstand eine Mehrausgabe von 431.000 RM, hauptsächlich durch die erhöhten Unterstützungszahlungen. Die Ausgaben der Hauptverwaltung sind stark gedrosselt worden. Die Kollegen müssen Verständnis für die Lage der Organisation zeigen.

Alle Parteien wollten sich jetzt eigene Gewerkschaften aufziehen, auch der Stahlhelm. Koll. Barth gab dann noch kurz Einzelheiten von den Tarifverhandlungen bekannt, über die Sonder-

werkschaftshäuser und das Schicksal der Gewerkschaftsbibliotheken. In: Verbrannt, geraubt, gerettet. Bonn, 2003, S. 23 - 29. (Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung ; 13)

54 Am 16. März 1933 war es einer Delegation des Verbandes der Deutschen Buchdrucker noch gestattet, beim Reichsarbeitsministerium einem Ministerialrat "den Standpunkt der unbedingten Pressefreiheit unter dem Gesichtswinkel des Buchdruckgewerbes" vorzutragen. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, Nr. 71 (29. März 1933), Nr. 22.

55 Als „Invaliden“ bezeichneten die Gewerkschaften auch Personen, die das Rentenalter erreicht hatten.

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM monatlich, nur Postwegen - Einzelnummern 15 Pf ohne Porto - Erscheint Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

71. Jahrgang

Berlin, den 15. März 1933

Nummer 21

Verboten!

Der Polizeipräsident

Berlin, den 10. März 1933

Abteilung I
I* S. 3400/438

Verbot

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Ziffer 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (RGBl. I, S. 35 ff.) verbiete ich die in Berlin erscheinende Druckschrift

„Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“

mit sofortiger Wirkung bis zum 25. März 1933 einschließlich.

Das Verbot umfasst auch die in Ihrem Verlag erscheinenden Kopfblätter der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sechlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Stempel

Polizeipräsident Berlin
Kanzlei Abteilung I

In Vertretung
gez. Volk

Für richtige Abschrift
Klamke, Kanzleisekretär

Verlag: Verbandsverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5
Annahmestelle für Abbestellungen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernsprecher: Berlin, Amt Bergmann 1191, 1191-1161. Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5

In der 2. Märzwoche 1933 wurde der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ wegen des Artikels „Friedrich Ebert. Gedanken zu seinem Todestag“ in der Nr. 17 (1. März 1933) verboten.

bestimmungen für Maschinensetzer und Drucker. Der Drucker soll, nach den Wünschen der Unternehmer, 2 Maschinen bedienen und bei der 3. aushelfen. Nach Ansicht des Vorstandes könnten dann noch 2000 Drucker entlassen werden. An der 32seitigen Rotation soll nur noch 1 Drucker beschäftigt werden, rd. 600 Rotationer würden dadurch erwerbslos. Die Setzmaschinen-Leistungen sollen erhöht werden, bei der Lino[type] von 6.000 auf 7.000, beim Typo[graph] von 4.500 auf 6.000, bei der Mono[type] von 6.000 auf 7.000 Buchstaben.

Nach Unternehmeransicht könnten bei der Mono 10.000 Buchstaben geleistet werden. Die Schlichter haben sich Setzmaschinenfabriken angesehen. Auch einen Rundgang durch Druckereien gemacht. Aber 4 Jahre Lehrzeit geben einen besseren Einblick als ½ Stunde Besichtigung. Für das Zusammenarbeiten bei Tarifabschlüssen usw. sei es auch entsprechend, daß die eigentlichen Unternehmer in ihren Verbänden durch Syndici verdrängt worden seien.

Für die 21. Neugestaltung des Tarifs verlangen wir eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, Urlaub nach Berufsjahren bis zu 15 Tagen, Leistung von Überstunden nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung.⁵⁶ Koll. [Richard] Barth meinte zum Schluß, daß er nichts Erfreuliches berichten konnte. Er ermahnte aber die Kollegen, nicht den Kopf hängen zu lassen, Vertrauen zueinander zu bewahren. Der Vorstand wird alles versuchen, das Schiff der Organisation möglichst ohne Schaden zu steuern und die Organisation zusammenzuhalten.

Auf eine Aussprache wird verzichtet. Koll. Wunderlich gibt dann noch bekannt, daß Ullstein keine Bewerbungen mehr annimmt, gestattet auch keinerlei politische Betätigung mehr im Betrieb. Unsere nächste Versammlung findet am 10.4. im früheren Lokal, Arminius-Festsäle, statt. Um 10 Uhr schließt Koll. W. die Versammlung.

Karl Köppen

⁵⁶ Im April 1933 erfolgte noch eine „Entscheidung des Zentral-Schlichtungsamts“. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (5. April 1933), Nr. 24. Die am 6. April einberufene Konferenz der Gauvorsteher lehnte diesen Schlichtungsspruch einmütig ab. S. Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, 71 (8. April 1933), Nr. 25. Dies war die letzte große legale „Widerstandshandlung“ des Verbandsvorstandes.

Herausgeberhinweise

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53170 Bonn

Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung ist heute eine der weltweit größten wissenschaftlichen Spezialbibliotheken mit den Sammelschwerpunkten:

- Geschichte und Gegenwart der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung,
- deutsche und internationale Sozial- und Zeitgeschichte,
- Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften.

Sie wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in vielfältiger Form als Sondersammelgebietsbibliothek unterstützt.

(<http://library.fes.de/>)

Karl-Richter-Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker e.V.
Dudenstraße 10
10965 Berlin

Der Verein betreut die historische Bibliothek, gibt die Karl-Richter-Edition heraus und organisiert Veranstaltungen. Der Verein setzt sich die Aufgabe, durch Erforschung der Geschichte des eigenen Gewerbes Verbindungslinien von Vergangenem in die heutige Zeit und in die Zukunft zu zeigen. Damit soll auch dem Berufsnachwuchs der Zugang zum Wissen um die eigene Geschichte erleichtert werden.

(<http://karl-richter-verein.de/index.php/Karl-Richter-Verein>)

Der Bearbeiter

Dr. Rüdiger Zimmermann, ehemaliger Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung, ist Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung und Vorstandsmitglied der International Association of Labour History Institutions (IALHI) und Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO).